



*Zeiten***WENDE**

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten



BRD

Nomen est omen!

Interne Hinweise, Veranstaltungstermine3

Tierrechte und Tierschutz

Der Irrsinn der Gesetze.....4

Eine gefühlvolle Stimme für die Tiere5

Es hängt jetzt auch von Ihnen ab6

Auf dem Rücken der Tiere7

Politik

Deutschland, ein Beamtenstaat?8

BRD – Nomen est omen! 10

Die Mär von den unabhängigen Abgeordneten 12

Umweltschutz

Das Palmöl-Desaster 14

Ein Schluck Cäsium gefällig? 15

Essays, Ethik und Vorträge

Tabuthema Bevölkerungswachstum..... 17

Vorstand-/Basis-Aktivitäten

Funktionsträger, Kontakt-Adressen..... 18

Vorstände der Landesverbände, Kreis- und Ortsverbände 18

Aktivitäten, Info-Material 19

Internes näher beleuchtet 20

Verschiedenes

Literaturempfehlungen 24

Restaurantempfehlung, Veganes Rezept, Impressum 25

Buchgeschenk, LeserInnenbriefe 26

Aktuelles in letzter Sekunde

TIER.TV: Wirtschaft vor Tierschutz? 27

Positiv-Nachrichten 28



Liebe Mitglieder und Interessenten,

es ist uns gelungen, unser Versprechen zu halten und Ihnen die Ausgabe 4/2008 hiermit im Dezember vorzulegen. Sie haben nun Gelegenheit, in aller Ruhe über die Feiertage oder über den Jahreswechsel „Ihre“ ZEITENWENDE zu lesen. Die nächste Ausgabe erhalten Sie Ende März, die nachfolgenden jeweils im 3-Monatsrhythmus.

Ich werde nicht - wie es sonst an dieser Stelle üblich ist - auf die einzelnen Berichte eingehen, denn das Jahr neigt sich dem Ende zu und eine kurze Retrospektive sei mir gestattet.

Das ZW-Redaktionsteam hat in den vergangenen 12 Monaten hart gearbeitet, um Ihnen aktuelle und informative Beiträge sowie anspruchsvolles Fotomaterial zu liefern. Unsere Layouterin hat die grafische Gestaltung weiter optimiert. Die Anstrengungen haben sich aber gelohnt, denn die ZEITENWENDE hat redaktionell und grafisch eine Qualität erreicht, die sich mit ähnlichen Publikationen messen kann. Die Arbeit für jede neue Ausgabe ist zwar nicht weniger, aber unproblematischer geworden, weil ein gut aufeinander eingespieltes Team entstanden ist. Ein herzliches Dankeschön an alle MitarbeiterInnen und an die Mitglieder in den Landesverbänden, die mit Berichten über ihre Aktivitäten zum Gelingen der ZEITENWENDE beigetragen haben!

Es war ein turbulentes Jahr - in jeder Beziehung. Wir beteiligten uns an den Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen. Wahlkampf bis zur Erschöpfung! Und es ging weiter: Im Norden, Osten, Süden und Westen der Republik kämpften VertreterInnen der Landesverbände oder des Bundesverbandes an vorderster Front: Demonstration für Delfinschutz in Berlin, Podiumsdiskussion anlässlich der Bayern-Kommunalwahl in München, Anti-Jagd-Demos in Bamberg, Dortmund, Hannover, Leer und Kassel, Aktionen im Delfinarium in Nürnberg und zur Erhaltung der Naturoase „Burginsel“ in Delmenhorst, Kundgebung mit BUND, Bürgerinitiativen und Bündnis 90/Die Grünen gegen die geplante Schweinemastanlage in Cobbel (Sachsen-Anhalt), Info-Stände anlässlich der Pelz-Messe in Frankfurt, beim 48. Hessentag in Homberg, bei der „Politica 1“ in Kassel, beim „SPD-Tierschutztag“ in Hannover, beim Friedensfestival in Iserlohn, beim Veggie-Street-Day in Dortmund usw.

In Dresden waren wir mit eigenem Stand drei Tage lang beim Welt-Vegetarier-Kongress dabei. Vertreter des Bundesvorstandes nahmen beim Internationalen Tiergerichtshof in Genf teil, und in Berlin stritten wir uns vor laufender Kamera mit Politikern anderer Parteien herum. All jenen Mitgliedern, die dazu beigetragen haben, dass wir dieses „Mammut-Programm“ bewältigen konnten, danke ich ganz herzlich.

Zum Schluss bedanke ich mich besonders bei den wenigen ParteifreundInnen, die - unter maximalem Einsatz von Kraft und Zeit - entscheidend dazu beitragen, dass (hoffentlich!) die erforderliche Anzahl der notwendigen Unterschriften erreicht wird!

Einen besonderen Wunsch füge ich an dieser Stelle noch an: Bitte engagieren Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, für unsere Partei gerade im Hinblick auf die beiden Wahlen im nächsten Jahr. Gute Wahlergebnisse werden uns wieder ein Stück in unserer politischen Arbeit voranbringen!

Ich verabschiede mich damit von Ihnen für das Jahr 2008 und wünsche Ihnen - auch im Namen des Redaktionsteams sowie des gesamten Bundesvorstandes - harmonische Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



24. Bundesparteitag in Frankfurt/Main

Am 14. März 2009 findet im Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38 in 60487 Frankfurt am Main, der 24. Bundesparteitag statt. Details entnehmen Sie bitte der schriftlichen Einladung. Wir bitten um rege Teilnahme!

LV Baden-Württemberg

Monatlicher offener Gesprächs- und Aktionskreis: Von 18:30 bis 21:00 Uhr im Forum 3 - Café (Bücherstüble), Stuttgart-Mitte, Gymnasiumstr. 19 - 21. Wegen wechselnder Termine bitte bei der Landesgeschäftsstelle informieren (Tel. 07166-14 80).

LV Bayern

Informationen für Mitglieder und Interessierte zur politischen Arbeit des Landesverbandes Bayern: werktags von 10:00 bis 18:00 Uhr, Tel. 089-255 488 01, E-Mail: christine-engelschall@tierschutzpartei.de.

LV Berlin

Offenes Info- und Aktiventreffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr. Den Ort des Treffens bitte bei der Geschäftsstelle erfragen. Tel. 030-44 65 03 24 oder per E-Mail: artur-kalka@tierschutzpartei.de oder artur.kalka@gmx.net.

LV Hessen

Kontaktmöglichkeit für Mitglieder und Interessierte: Christa Rust, Tel. 069-5 60 21 63 oder E-Mail: christa.rust@t-online.de.

LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331 - 90 45 25 oder E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de.

LV Nordrhein-Westfalen

Kontaktmöglichkeit: Monika Thau, Tel. 0211-9 02 33 75 oder E-Mail: monika-thau@tierschutzpartei.de.

LV Saarland

Kontaktmöglichkeit per E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de. Werktags telefonisch erreichbar von 14:00 bis 16:30 Uhr (0681-940 32 07).

LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit für Mitglieder und Interessierte über die Geschäftsstelle: Telefon 0391-56 39 08 46, Telefax 0391- 60 77 283 oder E-Mail: bettinafassl@aol.com.

LV Sachsen

Infos über die Geschäftsstelle unter der Telefon-Nummer: 034346-61475.

LV Thüringen

Fragen zum praktischen Tierschutz und zur politischen Arbeit: Harald von Fehr, Telefon 03621-40 07 66, Fax 03621-50 66 11 oder E-Mail: tsp-lv.thueringen@tierschutz-union.de.

Veranstaltungstermine**Vegan-Demo**

Am 12. Januar 2009 um 14.00 Uhr wird in Berlin auf dem Ku'damm/ Ecke Rankestraße oder ein paar Meter weiter auf dem Breitscheidplatz für Veganismus und gegen Tierausschneidung demonstriert. Konsequente Tierrechtler/innen und Tierschützer/innen sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Nähere Informationen unter: www.berlin-vegan.de.

Wiesbaden pelzfrei

Am 17. Januar 2009 findet in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden eine Demonstration mit Infoständen gegen die Pelztierzucht statt. Treffpunkt ist am Hauptbahnhof um 12.00 Uhr. Zwar gibt es in Hessen keine Pelztierfarmen mehr, doch die pelzverarbeitende Industrie ist hier stark vertreten - ebenso die Fur&Fashion Frankfurt GmbH und das Deutsche Pelzinstitut. Weitere Infos unter www.wpf.tirm.de.

Demonstration gegen Escada

Am 26. Januar 2009 ab 14.00 Uhr findet in Dresden eine Kundgebung gegen den Pelzverkauf bei ESCADA statt. Demonstriert wird vor der ESCADA-Filiale in der Töpfergasse/Augustusstraße. Nähere Informationen unter: www.tierrechtstermine.de.

Anti-Jagd-Demonstration in Dortmund

In der ersten Februarwoche findet in Dortmund die größte europäische Jagdmesse statt. Wir rufen alle Jagdgegner und Tierfreunde auf, sich unserer Gegendemonstration zahlreich anzuschließen! Zeit und Ort des Treffens: Samstag, 7. Februar 2009, 12 Uhr, gegenüber dem Hbf Dortmund.

Kurt Eicher von der „Initiative zur Abschaffung der Jagd“: „Wir protestieren gegen das tierverachtende und naturzerstörerische Hobby einer einflussreichen Minderheit. Bei der Abschlusskundgebung wird der Bevölkerung aufgezeigt, welche gravierenden und destruktiven Eingriffe die deutsche Jägerschaft in der Natur vornimmt, ohne dabei zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die sattsam bekannten Lügen über die angebliche Notwendigkeit der Jagd werden entlarvt und richtiggestellt.“ Weitere Informationen bei: www.Abschaffung-der-Jagd.de oder www.Natur-ohne-Jagd.de.

„Vegane Volxküche“ in Leipzig

Jeden 2. Samstag im Monat gibt es im Restaurant „Libelle“ (Kolonadenstr. 19) in Leipzig vegane Köstlichkeiten und jede Menge Politik. Die Speisen werden zum Selbstkostenpreis, und ab 20.00 gegen eine Spende serviert.

Vebu-Ethik-Seminar 2009

Vom 15. bis 17. Mai 2009 findet in Königswinter das Vebu-Ethik-Seminar 2009 statt. Thema: „Wahrheit, Schönheit, Güte. Menschheitsziele und ihre Bedrohung durch die Massenmedien“. Die Kosten einschließlich Unterkunft, veg. Verpflegung und Seminargebühr betragen 130,- € pro Person im Doppelzimmer oder 165,- € im Einzelzimmer. Ermäßigung auf Anfrage. Anmeldung und nähere Informationen: Christa Kutting, Wipperfurther Str. 64, 51429 Bergisch Gladbach, Tel. 02204 - 51848.

Legale Importe von Tierqualprodukten:

Der Irrsinn der Gesetze

Die „Produktion“ von Gänsestopfleber ist in Deutschland verboten, weil die Methode zur Gewinnung der hauptsächlich in Frankreich, Belgien und Ungarn hergestellten „Luxus-Nahrung“ „Foie gras“ (franz. = fette Leber) nachweislich tierquälerisch ist.

Die „Produktion“ von Gänsestopfleber ist in Deutschland verboten, weil die Methode zur Gewinnung der hauptsächlich in Frankreich, Belgien und Ungarn hergestellten „Luxus-Nahrung“ „Foie gras“ (franz. = fette Leber) nachweislich tierquälerisch ist. Auf brutale Weise wird Enten und Gänsen mehrmals täglich ein Rohr in den Magen eingeführt und eine große Menge Futterbrei hineingepumpt. Die Leber verfettet und vergrößert sich bis um das 10-fache. Zusätzlich zu dieser Tortur müssen die Tiere oft in engen Einzelkäfigen dahingervegetieren; es erleichtert das Stopfen im Akkord und garantiert - aufgrund der fehlenden Bewegungsmöglichkeit - eine schnellere Gewichtszunahme.

Allein im Nachbarland Frankreich sind nach Schätzungen rund 30.000 Folterknechte damit beschäftigt, die Federtiere auf solch grausame Weise zu quälen, um ca. 25.000 Tonnen „Foie gras“ zu produzieren.

Weil Froschlurche in Deutschland durch die Bundesartenschutz-Verordnung geschützt sind, wurden Froschschenkel generell vom Handel ausgeschlossen. Mit Sondergenehmigung aber werden Froschschenkel aus anderen Ländern eingeführt und im Handel legal angeboten. Die Tötungsmethoden im Ausland sind oft sehr grausam. Den Fröschen werden nicht selten die Hinterbeine bei lebendigem Leib abgeschnitten oder sogar abgerissen. Ihre zuckenden und blutenden Körper werden meist weggeworfen, weil nur in Ausnahmefällen der

Resttorso Verwendung findet. Mit den begehrten Schenkeln wird genug Profit gemacht. Vornehmlich aus Indonesien, der Türkei, aber auch aus Frankreich werden jedes Jahr tonnenweise tiefgefrorene Froschschenkel importiert.

Die Nachfrage für beide Produkte ist gleichbleibend hoch. Kein Wunder, kursieren doch unzählige Rezepte in einschlä-



gigen Publikationen. Und die „Schönen und Reichen“ machen es dem Normalbürger vor: Kein Promi-Dinner ohne Straßburger Gänsestopfleber oder die „Cuisses de grenouilles“ (franz. = Froschschenkel) als Zwischengang. Man zeigt, dass man sich etwas leisten kann! Aber auch der Konsument mit dem kleinen Geldbeutel braucht nicht zu verzichten: Froschschenkel gibt es günstig im Asia-Shop um die Ecke, anstatt Gänsestopfleber aus Frankreich gibt es Billig-Produkte aus Osteuropa.

Zwei Beispiele für politische Scheinheiligkeit und eine dringend verbesserungswürdige Politik. Gesetze mit Hintertürchen und „Gummi-Paragrafen“ erinnern an die Gesetzgebung in Bananenrepubliken. Die Erlaubnis des Imports von Tier-

qualprodukten macht wieder überaus deutlich, wie unlogisch und geradezu irrsinnig unsere Gesetze oft sind - und die verantwortlichen PolitikerInnen, die sie erlassen haben.

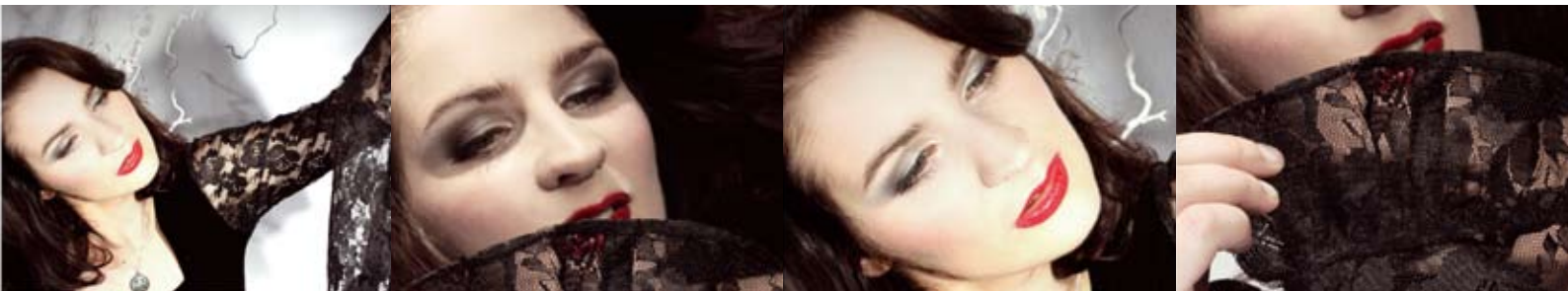
Wir sollten nicht warten, bis Liebhaber dieser „Delikatessen“ im deutschen Bundestag auf die gleiche Idee wie die Franzosen kommen, die 2005 durch die Nationalversammlung in einem Zusatz zum Landwirtschaftsgesetz, Gänsestopfleber zum „nationalen und gastronomischen Kulturerbe“ erklärten. Seitdem ist das grausame Stopfen von den französischen Tierschutzgesetzen ausgenommen.

Dass sich andererseits tatsächlich etwas per Gesetz schützen lässt, wird am Beispiel der Schildkrötensuppe deutlich. Nachdem die Suppenschildkröte vom Aussterben bedroht war - was der Suppe zunächst nur zu mehr Exklusivität und erhöhter Nachfrage verhalf - wurde sie 1988 durch das Washingtoner Artenschutzabkommen unter internationalen Schutz gestellt. Hierbei schützt der Mensch zwar vordergründig die Art, nicht aber das einzelne Individuum. Die Quälerei wurde jedoch gestoppt, nur das zählt!

Oscar Wilde hatte gewiss nicht die Tiere vor Augen, als er sagte: „Versuchungen sollte man nachgeben. Wer weiß, ob sie wiederkommen!“

Margret Giese/Stefan Bernhard Eck
Recherche: Volker Arndt

**Schildkröten-
suppe: Die
Quälerei wurde
gestoppt!**



Anna, Du bist eine ausgebildete Mezzosopranistin, dein Repertoire reicht von Opernarien bis hin zu gefühlvollem Gothic. Zugleich engagierst du dich für Tierschutz, wie wir in der Sendung „diskuTIER“ am 8. Oktober 2008 erfahren konnten. Dort hast du mit Politikern und Experten über die Abschaffung von Delfinarien diskutiert. Für eine Sängerin ist das eigentlich fremdes Terrain.

Das Wichtigste für mich an dem Abend war, dass ich endlich einmal Gelegenheit hatte, vor laufender Kamera meine Stimme für die Tiere zu erheben. Als Sängerin

ben: Thema Rodeo. Ich könnte mir vorstellen auch mit „ShirayasDream“ eine Nummer gegen Tierleid aufzunehmen. Wie ich meinen Kollegen Oliver Höhne und mich einschätze, wird das allerdings ein recht ausgefallener Titel werden...

Wie kam es dazu, dass Tierschutz für dich ein wichtiges Anliegen geworden ist?

Ich bin auf dem Land aufgewachsen und habe viel Zeit auf dem Bauernhof meiner Großeltern verbracht. Dort war ich von sehr vielen Tieren umgeben, beispielsweise Schweine, Gänse und Hühner, die auch

ding meiner Meinung nach die Situation der betroffenen Delfine sehr anschaulich beschrieben. Kannst du nochmals darlegen, warum Delfinarien in tierschützerischer Hinsicht sehr problematisch sind?

Die Delfine werden in den Delfinarien ihrer natürlichen Bedürfnisse beraubt. Während die Tiere in Freiheit am Tag über 100 Kilometer zurücklegen und Hunderte Meter tief tauchen können, müssen sie in Gefangenschaft in einem kleinen Becken mit gechlortem Wasser ihr Dasein fristen. Hinzu kommt, dass sie keine freie Wahl hinsichtlich ihrer Sozialpartner haben, was

Eine gefühlvolle Stimme für die Tiere

Ein Interview von Artur Kalka
mit der Sängerin Anna Aliena

habe ich selten Gelegenheit, mit Politikern und Wissenschaftlern zu diskutieren, was man mir wahrscheinlich angemerkt hat. Dennoch fiel es mir leicht, meine Meinung zu sagen.

Du singst Opernarien, machst aber auch in der Bandformation „ShirayasDream“ moderne Musik. Kannst du dir vorstellen, vielleicht einen Song über Tierleid bzw. über Tierrechte zu schreiben?

Vor ein paar Jahren habe ich mit dem Tierrechtler und Musiker Harry Harper bereits regelmäßig Songs zu diesen Themen gemacht. Auch Stefan Bernhard Eck habe ich dadurch kennengelernt, da er damals für das Album „Veggie is future“ etliche Texte beisteuerte. Demnächst werde ich für Harry wieder einen Songtext schrei-

alle geschlachtet wurden. Als Kind hielt ich es für selbstverständlich, das Fleisch dieser „Nutztiere“ zu essen, aber irgendwann kam mir der Gedanke: „Das sind doch deine Freunde, die kannst du nicht essen!“ Schließlich habe ich mich vor Fleisch geekelt und bin Vegetarierin geworden. Außerdem habe ich von klein auf die Dorfkatzen geliebt und mit einer Nachbarin die Streuner auf einem der Höfe gefüttert. Einmal wurde eine Katze von der Dorfjugend zu Tode stranguliert, da war ich gerade sieben Jahre alt. Am nächsten Tag begrub ich den leblosen Körper im Garten meiner Großeltern - ein Erlebnis, das ich nie mehr vergessen habe!

Bei der Sendung in TIER.TV ging es um das Thema Delfinarien sowie um ein Importverbot für Delfine. Du hast in der Sen-

mit zusätzlichem psychischen Stress verbunden ist. Bereits der Transport ins Delfinarium verläuft für die Tiere oft traumatisch: Stell dir vor, man würde dich auf offener Straße kidnappen, in eine enge Kiste pferchen und nach einer endlosen Reise in eine winzige Kammer sperren! Ähnlich schlimm muss es für die Delfine sein. Schließlich werden sie gezwungen, tagtäglich mehrmals vor Massen von Menschen bei lauter Musik den Clown zu spielen. Wer behauptet, die Tiere hätten Spaß daran, der belügt sich meiner Ansicht nach selbst!

Die Vertreterin der SPD, Manuela Pohl, immerhin persönlich gegen Delfinarien, aber ohne eine Mehrheit in der SPD-Fraktion für ein Verbot gegen diese Tierquälerei, sprach vom „Bildungsauftrag“ von Zoos. >

Wie denkst du darüber?

Zoos können niemals einen „Bildungsauftrag“ erfüllen, denn wie ich schon erwähnt habe, werden die Tiere dort ihren natürlichen Lebensbedingungen entzogen. Ich persönlich denke, das Wort „Bildungsauftrag“ soll nur tarnen, worum es den Zoo-Chefs wirklich geht: Gewinnmaximierung! Eisbär Knut wurde als Werbeträger für den Berliner Zoo regelrecht medial ausgeschlachtet. Doch wer hat den stauenden Kindern vor dem Eisbär-Gehege erklärt, dass Knuts Artgenossen in Freiheit - wie die Delfine - jeden Tag weite Entfernungen zurücklegen? Dass Eisbären Nomaden sind und keine Kuscheltiere, die mit ihrem Pfleger „fröhlich“ umhertollen, haben sie bei Knuts Anblick wohl kaum lernen können!

In der Sendung kam zur Sprache, dass deiner Meinung nach alle etablierten Parteien zu wenig für Tierschutz tun. Kannst du das bitte näher erläutern?

Politik ist leider immer mit Kompromissen verbunden. Undine Kurth von Bündnis 90/Die Grünen würde sich laut eigenen Angaben gerne mehr für den Tierschutz engagieren, aber es ist schwer, sich in der Opposition gegen die Vertreter der Koalition von CDU und SPD durchzusetzen. Der wirtschaftliche Nutzen steht für die etablierten Parteien ganz deutlich im Mittelpunkt. Wäre das nicht der Fall, gäbe es längst ein Legehennen-Verbot oder ein Verbot für die gesamte Massentierhaltung. Dieses Profitdenken der Politiker auf Kosten der Tiere macht mich wütend!

Wut war schon immer eine wichtige Triebfeder für politische Veränderungen. Ohne Wut wäre es nicht zum Sturm auf die Bastille gekommen, ohne Wut im Bauch der Bürger der DDR wäre die Mauer nicht gefallen. Die Bühne ist dein Zuhause - wann wird Deine Wut so groß sein, dass du auch auf der „politischen Bühne“ stehst - dem einzigen Ort, an dem man wirklich etwas für die Tiere bewegen kann?

Wir werden sehen, je mehr ich über Tierleid erfahre, umso größer wird meine Wut...

Das macht Hoffnung, dich vielleicht eines Tages in unseren Reihen begrüßen zu dürfen. Ich danke dir für das Gespräch.

Es hängt jetzt auch von Ihnen ab...

Liebe Mitglieder,

Ihnen liegt auch daran, dass das Fortkommen unserer Partei gesichert ist? Die Voraussetzung dafür ist unsere Teilnahme an der

EUROPAWAHL IM JUNI 2009

mit einem Ergebnis, das hoffentlich so gut ausfällt wie im Jahr 2004 (1,3 Prozent)!

Um zur Wahl zugelassen zu werden, sind bundesweit 4000 Unterstützungsunterschriften notwendig. Einige wenige Mitglieder bemühen sich seit Monaten unter Aufbietung all ihrer Kräfte, diese große Anzahl von Unterschriften nach und nach zu sammeln. Glauben Sie mir, es ist wirklich nicht einfach!

Je näher der Abgabe-Termin rückt (ca. Mitte März 2009), desto mehr wünschen wir uns Ihre Unterstützung. Unser Einsatz darf nicht vergeblich gewesen sein, weil wir es vielleicht doch nicht ganz schaffen.

Bitte, unterstützen Sie uns und rufen Sie die Bundesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer 069 - 76 80 96 59 an. Sie erfahren dort, wie Sie uns helfen können.

In den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden gleichzeitig für die Bundestagswahl (September 2009) Unterschriften gesammelt. Bitte beteiligen Sie sich auch daran!

Mit herzlichem Dank im Voraus für Ihre Mithilfe

Ihre Margret Giese

im Namen des Bundesvorstandes

Auf dem Rücken der Tiere

„Politiker-Geschäfte“ am Beispiel eines Ex-Landwirtschaftsministers

Aktuell: Helmut Rehhahn (SPD), Sachsen-Anhalt, ist am 20. November 08 im Berufungsverfahren wegen Bestechung schuldig gesprochen worden!

In Gerbisbach, einem 200-Seelen-Ort in Sachsen-Anhalt, soll eine Großmastanlage entstehen. Nicht weniger als 20.000 Mastschweine und 8.000 Ferkel sind für das „Tier-KZ“ vorgesehen. Unternehmergeist entwickelt hierbei Dr. Helmut Rehhahn, Mitglied der SPD und bis 1996 Landwirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt. Der Minister a. D. soll im Auftrag eines niederländischen Großinvestors das Projekt vorantreiben, gegen das die Einwohner von Gerbisbach Sturm laufen. Nicht ungewöhnlich, denn viele Politiker - in der Verbal-Akrobatik geübt und mit den Gesetzeslücken bei Genehmigungsverfahren vertraut - kommen als Lobbyisten von Wirtschaftsverbänden oder mächtigen Konzernen während oder nach ihrer politischen Karriere zum Einsatz. Eine lukrative Einkommensquelle neben den satten Diäten oder Pensionen.

Eine lukrative Einkommensquelle neben den satten Diäten

Umwelt- und Tierschutzorganisationen sowie Bürgerinitiativen kämpfen schon seit Jahren gegen die geplante Mega-Mastanlage. „In engen, dunklen und reizarmen Ställen sollen hier über 20.000 Mastschweine ein trauriges Dasein fristen. Wir sagen aus Gründen des Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzes ganz klar NEIN zur Schweine-Qual und werden uns aktiv am Protest beteiligen“, so Wolfgang Apel, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Auch unsere Partei hat sich dem Protest angeschlossen, zumal neben dem Tierleid irreparable Schäden für die Natur zu erwarten sind. Die täglich anfallende Gülle belastet Böden, Gewässer sowie die Vegetation und

trägt überdies zu einer Verminderung der Luftqualität bei. Der aufkeimende Tourismus in dieser strukturschwachen Region würde zurückgehen, und kleinbäuerliche Betriebe würden über kurz oder lang schließen müssen, da sie mit dem Billigfleisch-Produzenten im regionalen Wettbewerb nicht mithalten können.

Überzeugt davon, dass Massentierhaltung Tier-konform sei, verteidigte Rehhahn im Oktober 2008 in einer Sendung von TIER.TV seine Schweine-Projekte. Er behauptete, den Tieren ginge es doch gut und sie hätten alles, was sie zum Leben benötigen. Intensive Nutztierhaltung sei zudem umweltschonender als die artgerechte Tierhaltung. Gelassen und mit Stolz erwähnte er im Kontext, dass er

Er behauptete, den Tieren ginge es doch gut.

nicht töten“ scheint ihn jedoch nicht sonderlich zu beeindrucken, und noch weniger die nachweislich hohe Mortalitätsrate in der Massentierhaltung. Typisch in einer Zeit, in der das große Geld Vorrang vor Moral und Verantwortungsbewusstsein hat!

Es ist hinreichend bekannt, wie Schweine

Christ sei und sich für die Schöpfung einsetze. Das christliche 5. Gebot „Du sollst

in der Intensivmast ihr Leben fristen. Dass es ihnen alles andere als gut geht und sie nicht artgerecht gehalten werden, beweisen wissenschaftliche Berichte und immer wieder auftauchendes Undercover-Filmmaterial aus den „Tier-KZs“. In den reizarmen Aufstallungen entstehen bei Schweinen Verhaltensstörungen wie Ohren- und Schwanzbeißen. Es kommt nicht selten vor, dass sich die gestressten Tiere gegenseitig Ohren oder Schwänze ganz abfressen. Die Schweine vegetieren in ihrem Kot dicht gedrängt auf Vollspaltenböden in strukturlosen Buchten ohne Stroh bis zur Schlachtreife dahin. Deformationen an Klauen, Gelenkentzündungen und offene Wunden durch Aufliegen sind die Folgen. Ferkel dürfen noch immer ohne Betäubung kastriert werden. Ihre Schmerzensschreie sind herzerreißend. Aber solche Fakten lassen einen Herrn Dr. Rehhahn kalt.

Fakten lassen einen Herrn Dr. Rehhahn kalt.

Zum Gesamtbild passt auch dies: Im Dezember 2005 sprach das Amtsgericht Wolmirstedt den Ex-Agrarminister wegen Bestechung schuldig. Er wurde zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe und zu einer Geldstrafe von 5.000,- Euro verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Rehhahn eine Bürgermeisterin (in Mahlwinkel, Bördekreis) Ende 2005 mit 20.000,- Euro bestechen wollte. Damit beabsichtigte er, den Bau einer bereits vom Gemeinderat abgelehnten Schweinemastanlage wieder auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Gängige Politiker-Praktiken

Sabine Jedzig,
Stefan Bernhard Eck
Redaktion
ZEITENWENDE



Die Bürokratie stößt an ihre Grenzen...

Deutschland, ein

**Deutsche Beamtenweisheit:
„Von der Wiege bis zur Bahre -
Formulare, Formulare...!“**

Unter einem Beamtenstaat versteht man gemeinhin einen Staat, der sich durch ein hohes Maß an Bürokratie und Amtswillkür auszeichnet. Beides entsteht durch eine zu hohe Zahl von Amtsträgern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und/oder einen zu hohen Einfluss der Amtsträger auf die politischen Abläufe in einem Staat. Die bürokratische Regelwut sorgt dafür, dass eine freie gesellschaftliche Entfaltung zumindest gehemmt, wenn nicht gar unterbunden wird. Meinen Sie, liebe Leser/Innen, dies könne für Deutschland zutreffen?

**Der kürzeste Beamtenwitz
der Welt: „Geht ein Beamter
zur Arbeit...!“**

In der BRD sind insgesamt ca. 4,5 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt - bei der Polizei, beim Gericht, in Rathäusern, in Schulen, bei der Bundeswehr, beim Wetterdienst usw.; aber auch als Statistiker, als Friedhofsgärtner oder als Müllmänner erfüllen sie mehr oder weniger eifrig ihre Beamtenpflicht. Der öffentliche Dienst ist der mit Abstand größte Arbeitgeber hierzulande. Und es gibt auch nichts, was nicht in Gesetzen, Verordnungen, Satzungen oder Ähnlichem ge(maß)regelt ist: Taubenfüttern, Stockmaß eines Hundes, Weintrauben-Verordnung, ein Wust von Steuergesetzen usw. Wie war das eben mit der „freien gesellschaftlichen Entfaltung“?

Vor ein paar Jahrzehnten konnte man ja noch hoffen, dass innerhalb der EU die legeren Franzosen oder die temperamentvollen Spanier dem deutschen Ordnungswahn einen gewissen Riegel vor-

Beamtenstaat

schieben würden. Aber wie wir alle inzwischen wissen, ist das Gegenteil eingetreten. Ein Herr Edmund Stoiber wurde eigens dafür engagiert, den Behördenwust zu entbürokratisieren. Das königlich-bayerische Amtsgericht lässt grüßen!

Woody Allen: „Nichts macht das Leben so kompliziert wie der Versuch, es zu vereinfachen!“

Sie meinen, ich sollte nicht zu sehr über die deutsche Bürokratie herziehen? Doch, ich darf das! Schließlich bin ich selbst Beamter! Unter meinen Kollegen im Amt kursierte der Witz, dass, wenn es „Peng machen“ würde und plötzlich alle Sozialhilfeempfänger verschwunden wären, wir dies mindestens 14 Tage lang nicht merken würden, weil wir so intensiv mit anderen Stellen und Behörden beschäftigt sind: Amtshilfeersuchen der Berufsgenossenschaft, Erstattungsansprüche des Arbeitsamtes, Abzweigungsanträge der Wohngeldstelle und so weiter und so fort.

Der grundgesetzlich verankerte Föderalismus in Deutschland hat sicherlich seinen Sinn, artet aber inzwischen zu oft in ein „Haushaltstopp-Denken“ aus (= wir als Kommune sind pleite, sehen wir zu, dass es das Land bezahlt). Und hat zur Konsequenz, dass es viele verschiedene Ebenen der öffentlichen Verwaltung gibt, die alle wieder eine ganze Latte an eigenen Regeln und Vorschriften erlassen.

Mexikanische Beamtenweisheit: „Nichts ist so wichtig, als dass es nicht durch einen Tag Liegenlassen noch wichtiger werden könnte.“

Ein schönes Beispiel für die permanente Einführung neuer Regeln und Vorschriften

liefert der aktuelle Kampf gegen Kinderarmut. In unserem Land leben zu viele Kinder unterhalb der Armutsgrenze, weil sie lediglich die dürftigen Hartz IV-Leistungen erhalten. Also wurde jetzt das Wohngeldgesetz geändert. Ab sofort können nicht mehr nur ganze Familien Wohngeld (= Zuschuss zu den Mietkosten) beziehen, sondern außerdem die Kinder einer Familie, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Hat z.B. eine alleinerziehende Mutter vorher 300 Euro Hartz IV-Leistungen erhalten (250 Euro für die Mutter, 50 Euro für das Kind), so bekommt sie jetzt 200 Euro Hartz IV-Leistungen (200 Euro für die Mutter, Null Euro für das Kind, aber dafür 100 Euro Wohngeld für ihr Kind). Das bringt Mutter und Kind finanziell natürlich nichts, aber die Statistik sieht besser aus, und eine Stelle des öffentlichen Dienstes mehr ist mit der Auszahlung der für die Steuerzahler gleichbleibenden Summe beschäftigt!

**Aus dem Volksmund:
„Ich habe nichts gegen Beamte - sie tun ja nichts!“**

Den Kern des deutschen Beamtenstaates bildet das Berufsbeamtentum. Rund 1,7 Millionen - meistens von einer dienstherrenbefähigten Stelle dazu ernannt - tummeln sich in den Amtsstuben. Ihr berufliches Leben ist in Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes geregelt. Dort werden die sogenannten althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums erwähnt. Ob sich der preußische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. das alles so vorstellte, als er die Vaterschaft für diesen Berufsstand übernahm?

Die Standardrente ist seit Mitte der 90er Jahre um 11 Prozent gestiegen, die Beamten-Pensionen haben sich im gleichen Zeitraum um über 30 Prozent erhöht. Ein durchschnittlicher Rentner erhält 1.176,-

Wolfram Weidner (Journalist und Aphoristiker): „Wie hervorragend Beamte geeignet sind, Zukunftsprobleme zu lösen, zeigt ihre eigene Altersvorsorge.“

Euro im Monat, ein Pensionär 2.300,- Euro. Die Gründe dafür sind, dass es heutzutage kaum noch den sogenannten einfachen Dienst gibt, sondern 53,7 Prozent der Beamten im Gehobenen Dienst (z. B. Lehrer) und 24 Prozent im Höheren Dienst (z.B. Richter) beschäftigt sind. Und als Bemessungsgrundlage für die Pension wird nicht das Durchschnittsgehalt vom Beginn bis zum Ende ihrer Laufbahn herangezogen, sondern das Gehalt, das sie die letzten 3 Jahre vor ihrer Pensionierung bezogen haben. Beamte werden von der öffentlichen Hand gerne beschäftigt, denn ein Beamter kostet den Dienstherrn keine Sozialabgaben. Das „dicke Ende“ kommt erst nach der Pensionierung, wenn Vater Staat dann zu Kasse gebeten wird. Im Jahr 2004 mussten die öffentlichen Arbeitgeber 25 Milliarden Euro für Pensionen aufwenden. Im Jahr 2030 werden es schätzungsweise knapp 75 Milliarden Euro sein - alles vom Steuerzahler aufzubringen!

Verfasser unbekannt: „Ein guter Beamter überlegt mindestens drei Mal, bevor er nichts tut.“

Abschließend etwas zur Verteidigung unserer Beamten: Ihr Ruf ist sicherlich schlechter, als sie verdient haben. An der ständigen Einführung neuer Regeln und Vorschriften sind die wenigsten Beamten schuld, sondern die bürokratischen „Oberdenker“ in den Landes- und Bundesministerien. Viele Beamte sind mittlerweile überlastet, weil bei gleichem oder steigendem Arbeitsanfall - durch die Einführung immer weiterer Vorschriften und Regeln - sehr viele Planstellen gestrichen wurden, um Kosten zu sparen.

Michael Siethoff
Redaktion ZEITENWENDE

Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 20.6.2008, Statistisches Bundesamt, Jahrbuch 2007.

BRD:

Nomen est omen!



Um es gleich vorweg zu sagen: Für alle Leserinnen und Leser, die noch stolz auf Deutschland sind und an die Rechtschaffenheit unserer Politiker glauben, ist dieser Artikel eigentlich ungeeignet. Er könnte bei ihnen zu einer Frustration oder einer Resignation führen, die am Ende pathologische Formen annimmt. Anders ausgedrückt: Sensible Menschen könnten das „große K....“ bekommen. Trotzdem lesen... und sich an den Artikel erinnern, wenn Sie nächstes Jahr wählen gehen!



Praeludium...

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ließ das Deutsche Kaiserreich durch die „Afrikanische Frucht-Compagnie“ Bananen in seiner damaligen Kolonie Kamerun anbauen. Die dortige Bevölkerung wurde von den ausgewählten Anbaubetrieben zuerst vertrieben und anschließend zur harten Plantagenarbeit zwangsrekrutiert. Viele Kameruner starben aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen - Sklavenhaltung für deutsche Gaumenfreuden! Das ist das hässlichste Kapitel in dieser „Bananen-Geschichte“, weil Menschen vertrieben und versklavt wurden und ihr Leben verloren.

Welche Bedeutung der Banane in der jungen BRD zugemessen wurde, erkennt man daran, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer 1957 extra in einem Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen durchsetzte, dass

amerikanische Bananen zollfrei nach Deutschland eingeführt wurden.

Mit der Maueröffnung gewann die Exotenfrucht gar noch eine eigene deutsche Bedeutung. Die Bürger der DDR wurden auf der anderen Mauerseite mit Bananen empfangen, und als der Ex-Bundesinnenminister Otto Schily 1990 gefragt wurde, weshalb die CDU und nicht die SPD die Wahl im Osten gewonnen habe, zog er als Antwort eine Banane aus seiner Jackentasche. Die Banane, ein Geheimzeichen für unser Land und seine Politiker, oder ein verführerisches süßes Lockmittel?

Fakt ist, dass heute der Bundesbürger zwischen 15 und 18 Kilogramm Bananen pro Jahr verspeist. Dies bedeutet, dass mehr als zehn Prozent der weltweit exportierten gelben Frucht in unseren Supermärkten landet. Angesichts der bevorstehenden Klimakatastrophe ist das an sich schon ein Skandal! Ist Deutschland deshalb eine Bananenrepublik? Mit-

**15 bis 18
Kilogramm
Bananen
pro Jahr**

nichten, denn leider existieren weitaus schwerwiegendere Gründe, warum man diese Frage - je nach der psychischen Konstitution - mit ruhigem oder weniger ruhigem Gewissen mit einem klaren JA beantworten könnte.

Circus maximus...

Liest man die für das Jahr 2007 veröffentlichte Meinungsumfrage der internationalen Anti-Korruptionsorganisation „Transparency International“ über Wahrnehmungen und Erfahrungen der deutschen Bevölkerung in Bezug auf Korruption, stellt sich Pessimismus ein: 69 Prozent der Bundesbürger gehen davon aus, dass die in unserem Land grassierende Korruption in den kommenden drei Jahren noch weiter ansteigen wird. Europaweit schneidet die BRD damit am schlechtesten ab, denn bei der Frage nach der Wahrnehmung von Korruption in Deutschland werden die Privatwirtschaft und die politischen Parteien auf einer Skala von 5 („höchst korrupt“) bis 1 („überhaupt nicht korrupt“) mit 3,5 bewertet. Offensichtlich sind die Bürgerinnen und Bürger durch die Berichterstattung über die Skandale bei Siemens, VW, FlowTex, Mannesmann, bei der KfW Bankengruppe oder bei der sächsischen und bayerischen Landesbank aufgewacht und haben endlich wahrgenommen, dass Geldwäsche, Misswirtschaft

Die Summen, um die es geht, sind gigantisch.

und/oder Korruption nicht nur in exotischen Schurken-Staaten grassiert, sondern auch in deutschen Ländern zum alltäglichen „Geschäft“ gehört. Die Summen, um die es geht, sind gigantisch, die involvierten „Persönlichkeiten“ prominent und schillernd. Ex-Postchef Klaus Zumwinkel „parkte“ seine Gelder in Liechtenstein und hat, so die Staatsanwaltschaft, dem Staat Steuerzahlungen in Höhe von rund einer Million Euro vorenthalten. Der Immobilienunternehmer Jürgen Schneider „versenkte“ Kredite in Milliardenhöhe durch seine ambitionierten Bauprojekte; er verursachte damit einen der größten deutschen Wirtschaftsskandale. Die Schadenssumme belief sich auf mehr als fünf Milliarden D-Mark. Rund 25 Prozent davon hatte ihm übrigen die Deutsche Bank geliehen.

Klaus Esser, Josef Ackermann, Joachim Funk, Klaus Zwickel, Jürgen Ladberg und Dietmar Droste kümmerten sich hingebungsvoll um die feindliche Übernahme des

Mannesmann-Konzerns durch das britische Mobilfunk-Unternehmen Vodafone. Die Staatsanwaltschaft warf den Herren im Nadelstreifen vor, unrechtmäßige Prämien und Pensionen für Manager und sogar Ex-Manager in Höhe von fast 60 Millionen Euro ausgeschüttet zu haben. Für gerade einmal 5,8 Millionen Euro, die von den Angeklagten gemeinsam zu zahlen waren, wurde das Verfahren eingestellt. Der unverständliche Urteilsspruch - das Wort „Klassenjustiz“ war damit geboren - wurde damit begründet, dass die Taten mehr als sechs Jahre zurücklagen und das öffentliche Interesse an einer Fortführung des Prozesses nicht gegeben sei.

Schmiergelder wurden auch dem armen Siemens-Chef Heinrich von Pierer zum Verhängnis. Rund 420 Millionen Euro wurden zwecks Einholung von Großaufträgen gezahlt. Die Affäre weitete sich noch aus: Im Februar 2007 wurde aufgedeckt, dass 34 Millionen Euro an den Chef der Arbeitgeber-freundlichen Arbeitnehmervereinigung „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB), Wilhelm Schelsky, gezahlt wurden. Schelsky kam in Untersuchungshaft wegen Steuerhinterziehung. Heinrich von Pierer erklärte am 19. April 2007 seinen Rücktritt.

Bei VW ging es vor allem darum, sich bei den IG-Metall-Betriebsräten lieb Kind zu machen - mit großzügigen Zahlungen, Luxuskarossen und Lustreisen. Ein enger Mitarbeiter des VW-Personalvorstands Peter Hartz war in dem Wolfsburger Konzern eigens dazu da, diese „all-inclusive-events“ für Betriebsräte zu organisieren. Schließlich stellte sich heraus, dass selbst für Peter Hartz die Reisekosten (s)einer Prostituierten aus der Firmenkasse bezahlt wurden. Der Erfinder von Hartz IV trat zurück.

Aber nicht nur Wirtschaftsbosse und dubiose Finanzjongleure sind zugange, wenn es darum geht, Kontostand oder Macht zu vergrößern, sondern auch unsere politische „Elite“ konnte und kann dieser Verführung nicht widerstehen.

Rund 80 Millionen D-Mark Schmiergelder sollen in der Leuna-Affäre geflossen sein. Den deutschen Justizbehörden ist bekannt, dass auch ehemalige Spitzenpolitiker beteiligt waren und dass im Bundeskanzleramt von Helmut Kohl massiv Akten über die Privatisierung der Leuna-Raffinerie vernichtet wurden. Nach und nach kam die

Schmiergelder wurden zum Verhängnis.

Wahrheit an den Tag und ging als „CDU-Spendenaffäre“ in die Annalen der Parteigeschichte Deutschlands ein - wohlgermerkt als eines der traurigsten Kapitel.

Die verdeckten Parteispenden des Flick-Konzerns zur „Pflege der politischen Landschaft“, wie Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch diese Praktiken titulierte, dienten der Entscheidungsbeeinflussung im Zusammenhang mit einem für den Konzern günstigen Entscheid des damaligen Bundeswirtschaftsministeriums. Durch einen Untersuchungsausschuss wurde aufgedeckt, dass mehr als 25 Millionen D-Mark aus Flicks schwarzen Kassen an Politiker von CDU/CSU, FDP und SPD geflossen waren. Viva la corrupción!

Bis heute verschweigen Ex-Bundeskanzler Kohl und seine Geldeinsammler die Herkunft der Spenden in Höhe von 1,5 bis 2 Millionen D-Mark: Walther Leisler-Kiep (Ex-Bundesschatzmeister der CDU) und Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein (Ex-Landesschatzmeister der CDU in Hessen). Und natürlich Manfred Kanther (Ex-Generalsekretär der CDU in Hessen) - ein Moralapostel, der in seiner Glanzzeit „schwarzer Sheriff“ genannt wurde und der die Rechtschaffenheit, die er von anderen einforderte, bei sich total vermissen ließ.

Helmut Kohl rechtfertigte den Gesetzesbruch damit, dass er mit seinem Ehrenwort versprochen habe, die Spender nicht namentlich zu nennen. Wegen des Verdachts der Untreue zum Nachteil seiner Partei wurde von der Bonner Staatsanwaltschaft ein

Ermittlungsverfahren gegen Kohl

Ermittlungsverfahren gegen Kohl eröffnet. Wenn wundert's: Das Verfahren wurde gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von läppischen 300.000,- D-Mark wegen geringer Schuld gemäß § 153 a der Strafprozessordnung eingestellt.

Das Vertrauen der meisten Bürgerinnen und Bürger in das Verantwortungsbewusstsein und die Rechtschaffenheit unserer Politiker ist dahin - und das zu Recht. Was bleibt, ist besorgniserregende Politikverdrossenheit.

BRD: Nomen est omen! Ich jedenfalls habe das Vertrauen in unseren Staat mittlerweile verloren, denn so kann keine Demokratie funktionieren. Und es dämmert mir, was sich hinter den drei Buchstaben BRD verstecken könnte: Ist es vielleicht die Abkürzung für „Bananen-Republik-Deutschland“?

Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZEITENWENDE

Die Mär von den unabhängigen Abgeordneten



Artikel 38 Grundgesetz, Absatz 1 lautet wie folgt: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Ungeachtet der im Grundgesetz normierten Unabhängigkeit der Abgeordneten sind die Parteispitzen unserer etablierten Parteien entschlossen, Abstimmungsniederlagen im Bundestag - wie zum Beispiel bei der Mazedonien-Entscheidung oder bei der Abstimmung über Hartz IV - durch Druck auf die Parlamentarier zu verhindern. Solange jedoch Abgeordneten, die gegen den Fraktionszwang in wichtigen Entscheidungen verstoßen wollen, mit harten Konsequenzen gedroht wird, sie öffentlich und parteiintern diskreditiert oder gar „zerrissen“ werden und sich bei der nächsten Wahl bestimmt nicht mehr auf den vordersten Plätzen in den Listen oder als Direktkandidaten ihrer Partei wiederfinden, ist der in Art. 38 Absatz 1 GG normierte Grundsatz des freien Mandates des Abgeordneten eine Mär.

Art. 38 Absatz 1 GG ist eine Mär.

Der Begriff des Systems geht auf das griechische „systema“ zurück und beschreibt ein Ordnungs-, Gliederungs- und Aufbauprinzip, das zu einem einheitlich geordneten Ganzen führen soll.

Das System bedient sich zu seiner Verteidigung einer Vielzahl sorgsam überwachter Mechanismen, die es auch ständig zu erweitern, auszubauen und gegen jede Form der Infragestellung zu sichern sucht. Das System lebt von vertikalen, institutionalisierten Hierarchien, während Kompetenz und Kreativität, Führungsqualitäten und das viel zitierte „Neue Denken“, also alles, was das System in Frage stellen könnte, a priori und von Anbeginn an arg-

wöhnlich beäugt und, wenn es sich durchzusetzen „droht“, gnadenlos und radikal bekämpft wird. Die stringentest wirkende „Waffe“ des Systems sind dabei die Wissenschaften, die ganz bewusst von der Philosophie abgekoppelt wurden und - sich plötzlich selbst erklärend - ausschließlich den Zweck verfolgen, wissenschaftlich fundiert zu beweisen, warum das System Recht hat. Dieses Prinzip wirkt: Ihre „Sklassen“ sind 99 Prozent aller Wissenschaftler, die in der Regel gar kein Wissen schaffen, sondern bisheriges Wissen und Geglaubtes verwalten, verteidigen oder - wie etwa bei der „grünen“ Gentechnik - verheimlichen. Dieses Prinzip beherrscht unsere Politik, das Schul- und Bildungssystem sowie unser Denken, Handeln und Fühlen. Die Wissenschaft liefert dem System die Überzeugungsparameter, auf denen unser westliches (pseudochristliches) Weltbild gründet. Das System wiederum bestraft jedes Andersdenken und -handeln gnadenlos durch Rufmord und Ausgrenzung oder durch das Rechtssystem, nämlich durch Verurteilung und Strafe. Politiker, Medien und Gerichte fungieren hierbei meist als geistig korrumpierte Stützen des Systems.

Das System bestraft jedes Andersdenken.

Ein schwerwiegender Lapsus, wenn man bedenkt, dass es sich beim Grundsatz des freien Abgeordneten-Mandats um die wichtigste Verankerung des Prinzips der Repräsentativdemokratie im Grundgesetz handelt. Ohne das freie Mandat des Abgeordneten ist somit überhaupt keine repräsentative Demokratie denkbar.

Hinzu kommt, dass die Parteien von ihren Mandatsträgern Sonderbeiträge („Parteisteuer“) einfordern. Wer diese „Parteisteuer“ nicht bezahlt, hat bei der nächsten Wahl kaum eine Chance, wieder nominiert zu werden. Die „Parteisteuer“ erreicht dabei nicht selten einen Betrag von mehr als 500,- Euro im Monat, was verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist, da diese „Steuer“ die Unabhängigkeit der Abgeordneten in einem weiteren nicht zu vertretenden Maße untergräbt. Auch erhöht dieses System die ohnehin üppigen staatlichen Zuwendungen an die Parteien, die durch diese „Steuer“ - selbstverständlich als Spende an die Partei deklariert - noch einen kräftigen Zuschlag erhalten. Da diese Spenden darüber hinaus auch noch steuermindernd geltend gemacht werden können, schädigt diese Vorgehensweise nicht nur das freie Mandat des Abgeordneten, sondern auch unseren staatlichen Haushalt.

Bedenken sollte man auch, dass viele öffentlich-rechtliche Ämter als „Sozialeinrichtungen“ für Politiker herhalten müssen. In Bayern z. B. werden Kommunalpolitiker der blau-weißen Volkspartei in Behörden - allen voran in den Versorgungsämtern oder Schifffahrtsverwaltungen - geparkt und vom Steuerzahler kräftig entlohnt, damit sie sich - freilich ohne finanzielle Not - ganz den Befehlen ihrer Parteiobrigkeit hingeben können.

Die Folgen sind für Deutschland verheerend, denn keiner der erfolgreich nach

Ämtern und Macht gierenden, stramm stehenden Parteisoldaten hat das Zeug dazu, unser Land aus der Starre zu führen. Die kleine Schar derer, die dies tatsächlich vermocht hätten, wurde parteiintern von den Futtertrögen weggebissen und als ungeliebte Kinder ins Abseits gestellt. Übrig blieb eine Schar von Politfunktionären, die fürwahr nicht im Interesse der Bürger handeln - wozu sie eigentlich verpflichtet wären. So gab Frau Merkel am 30. August 2003 wenigstens unumwunden zu, wer ihre Klientel ist: „Ob Pharmaindustrie, Genforschung oder Kernenergie, viele Zukunftsbranchen werden aus Deutschland vergrault.“

Die Unternehmensinteressen dieser Branchen haben jedoch überhaupt nichts mit der Wohlfahrt des deutschen Bürgers zu tun (auch nichts mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, weil diese überwiegend vom Mittelstand bereitgestellt werden), sondern ausschließlich mit Unternehmensgewinnen. Dank unserer Politiker haben daher heute Großkonzerne die Macht, und zwar nicht nur in ihren jeweiligen Sparten, sondern auch in den meisten anderen Bereichen unseres sozialen und gesellschaftlichen Lebens.

**Dank unserer
Politiker haben
Großkonzerne
die Macht.**

Freie, durch Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht befindliche Märkte gibt es schon lange nicht mehr; sie existieren nur noch in den Lehrbüchern unserer Wirtschaftswissenschaftler. In dem Bestreben der Politiker, die Gewinne ihrer Klientel zu maximieren, versuchen sie zudem alle sozialen und umweltbedingten Kosten „nach außen“ zu verlagern und damit dem Steuerzahler und den künftigen Generationen aufzubürden.

Der Einfluss der Lobbyisten auf die Politiker ist nicht nur eine Folge ihres hohen Organisationsgrades, sondern vor allem eine Folge ihrer Verflechtung mit der uferlosen und mächtigen Ministerialbürokratie unseres Landes und natürlich mit unseren Abgeordneten in den Parlamenten.

Herr Conrad Schuhler hat dies in seinem Artikel „Business as Usual“, erschienen in dem Magazin der Süddeutschen Zeitung am 20.09.2002, S. 24 ff., am Beispiel der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages treffend wie kein anderer zusammengefasst:

„Ausschließlich im Namen des Volkes betätigen sich nur 167 der momentan 666

Bundestagsabgeordneten. Das Gros der Parlamentarier geht Nebenbeschäftigungen nach: 206 Abgeordnete arbeiten für öffentliche Anstalten oder Körperschaften wie Sparkasse, Rundfunk- oder Fernsehanstalten. Oder sie engagieren sich – oft gegen Bezahlung – in Vereinen, Verbänden und Stiftungen. 293 Abgeordnete finden sich darüber hinaus auf den Gehaltslisten von Privatfirmen als Aufsichtsrat, Berater oder Angestellter. Manche

**Das Gros der
Parlamentarier
geht Neben-
beschäftigungen
nach.**

sind selbst Unternehmer. Mindestens 405 solcher Beziehungen existieren zwischen dem Bundestag und der privaten Wirtschaft. So stehen 83 Abgeordnete in den Diensten von Banken und Versicherungen, 37 im Dienste der Landwirtschaft. 101 Abgeordnete werden von Mischunternehmen bezahlt, darunter Beteiligungsgesellschaften oder Unternehmensberater. Zahlreiche Abgeordnete arbeiten sogar für mehrere Unternehmen. (...) Der (Anm.: ehemalige)Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, Heinz Riesenhuber (CDU), ist Geschäftsführer einer eigenen Unternehmensberatung, Aufsichtsrat der Chemie- und Pharmahersteller Altana, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Frankfurter Versicherungs-AG, der HBM Bio Ventures AG, der Heidelberg Innovation BioScience Venture II GmbH & Co KG, der Henkel KgaA, der Karstadt Quelle New Media AG, der Mannesmann AG, der Osram GmbH sowie der Portum AG und der Evotec BioSystems AG. Nebenbei ist er Kopräsident des Deutsch-Japanischen Kooperationsrates für Hochtechnologie und Umwelttechnik sowie Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Museums.“

War „Lobby“ ursprünglich ein Begriff für die Einflussnahme von Interessengruppen außerhalb der Parlamente (in der Lobby eben = Aufenthaltsflur vor dem Parlament), haben diese in der Zwischenzeit die Parlamente selbst vereinnahmt. Sehen Sie daher bitte unsere Politiker nicht als unabhängige Abgeordnete, sondern als Funktionäre des Allgemeinwohls übergeordneter, viel mächtigerer Interessen an - was wiederum sehr ungerecht ist, weil die Bürger in ihrer Gesamtheit den Politikern mehr Geld in den Rachen werfen, als dies die Interessengruppen tun.

Während die Politiker eifrig dem Volk gegenüber patriotische Reden schwingen, werden unsere Staatskassen vorsätzlich geplündert und der Markt im Sinne der transkontinentalen Privatgesellschaften monopolisiert. Ruft ein Land zum Widerstand gegen diese Konsum-Knechtschaft auf, werden die Daumenschrauben etwas angezogen - bis die Zahlungsunfähigkeit droht und der Widerstand dahinschwindet.

Wenn die deutschen Politiker in ihren Positionen überleben wollen, müssen sie dem Volk gegenüber gnadenlos sein. Sich im Sinne einer gerechten Welt vom Prinzip der Profitmaximierung loszusagen, käme einem Selbstmord in diesem barbarischen System gleich. Unsere Politiker leben daher in einem Dilemma. Darauf sollten wir Rücksicht nehmen. Keine Rücksicht nehmen sollten wir jedoch auf ihr unmoralisches Verhalten. Ich rede von dem Verhalten

**Politiker müssen
gnadenlos sein.**

des „Deutschland-Clans“, einem vielschichtigen und bunten Netzwerk aus Politik, Medien, Wirtschaft und Justiz, welches weitgehende Straffreiheit besitzt und bis hinunter auf die Gemeindeebenen reicht. Höchstwahrscheinlich gehen diese Netzwerke auch über Leichen. So verunglückte zum Beispiel der engagierte Oberstaatsanwalt Jörg Hillinger aus ungeklärten Gründen tödlich, nachdem er den Haftbefehl gegen Holger Pfahls beantragt hatte. Neben Pfahls dürften sich darüber vermutlich auch Karlheinz Schreiber, Max Strauß und andere CSU-Spezis gefreut haben.

Fazit: Ob auf kriminellem Wege oder legal (was keinen Wert hat, wenn Recht zu Unrecht wird), die Strippenzieher schanzten sich gegenseitig die Pfründe zu. Sie berufen sich wechselseitig in Aufsichtsräte, Vorstände und Politik und diktieren das Geschäft. Beaufsichtigen tun sie sich dabei selber. Die Herren des wirtschaftlichen Krieges gegen die Vernunft greifen den Staat und dessen normative Macht an, sie unterwandern das im Grundgesetz verankerte Gemeinwohlprinzip, sie untergraben die Demokratie, sie vernichten die Natur und drangsalieren Menschen und Tiere. Sie zerstören radikal das Menschenrecht auf das Streben nach Glück, so lange, bis sie jeden Anspruch auf Loyalität verwirkt haben.

RA Dominik Storr
Redaktion ZEITENWENDE

Ignorante Politik führt zur ökologischen Katastrophe im Regenwald

Das Palmöl-Desaster

Palmöl ist zurzeit der Energie-effizienteste Rohstoff für Biodiesel. Die Erträge aus Palmöl sind fünfmal höher als bei Raps! Dies hat zu einer unkontrollierbaren Expansion der Palmölproduktion vor allem in Südostasien geführt. Der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung als Ersatz für Öl und Gas geschieht immer mehr nach dem Motto: Den Teufel mit Beelzebub austreiben.

Es ist noch nicht sehr lange her, da machten sich die Grünen für Biosprit und Bioheizöl aus Palmöl stark. Noch schlimmer: Sie waren in Wahrheit die Initiatoren und haben damit die Verantwortung zu tragen für eines der größten ökologischen Desaster der Welt. Inzwischen sind sie aufgewacht. Bärbel Höhn, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, hat sich sogar höchstpersönlich in Indonesien über die Folgen für die Umwelt kundig gemacht. Was sie da zu sehen bekam, war mehr als schockierend!

In Indonesien und Malaysia, die 85 Prozent der globalen Palmölproduktion zusammen erbringen - sind die Auswirkungen

auf die Natur absolut katastrophal. Regenwald und Moore verschwinden und werden durch Palmöl-Plantagen ersetzt. In Malaysia wird mittlerweile auf 11 Prozent der

Regenwald wird durch Palmöl-Plantagen ersetzt.

Landesfläche Palmöl produziert. Durch die Rodung der Wälder wird ein wichtiger CO₂-Speicher zerstört, da in den tropischen Regenwäldern pro Hektar bis zu 1000 Tonnen CO₂ gespeichert werden. Wird der Regenwald abgeholzt, führt dies zur Freisetzung riesiger Mengen CO₂; noch dazu, wenn dies, wie allgemein üblich, durch

Brandrodung geschieht! Im Extremfall ist die CO₂-Emission pro Tonne Palmöl fast 5 Mal so hoch wie für konventionellen Diesel aus Erdöl. Da sage einer noch, dies sei nachhaltig! Indonesien ist inzwischen der drittgrößte Emittent von CO₂ weltweit. Der Zusammenhang zwischen der Errichtung von Palmöl-Plantagen und Biotreibstoffen wird deutlich, wenn man weiß, dass Indonesien im Januar 2007 - nach der Entscheidung der EU-Kommission, den Anteil von Biotreibstoff zu erhöhen - umgehend Konzessionen für neue Plantagen von ca. 1 Million Hektar vergab. Die Abholzung dieser Flächen wird rund eine Milliarde Tonnen CO₂ freisetzen!



Fotoquelle: Retna den Regenwald e.V. - www.regenwald.org

Doch dies ist nicht das einzige ökologische Problem. Aufgrund der Vernichtung seiner Lebensräume steht der Orang-Utan kurz vor der Ausrottung. Die wenigen, die Brandrodung überlebenden Orang-Utans werden bei der verzweifelten Suche nach Nahrung in den entstandenen Palmöl-Plantagen zu allem Übel von den Plantagenarbeitern umgebracht. Aber auch für die Menschen in Indonesien haben die Palmöl-Plantagen katastrophale Folgen. In einem groß angelegten Umsiedlungsprogramm wurden Arbeit suchende Menschen von benachbarten Inseln nach Sumatra umgesiedelt, genau in den Lebensraum von Tigern, Elefanten und

Natur, Tiere und Menschen gehen zugrunde.

Orang-Utans.

Hier leben sie dann als Tagelöhner unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den Plantagen.

Die einheimische Bevölkerung Sumatras verliert nach und nach ihre Lebensgrundlage und landet in der sozialen Verelendung. Böden, Wasser und Luft werden durch Pestizide und Düngemittel vergiftet. Bei der indonesischen Bevölkerung kommt von dem Palmöl-Boom nichts an. Einige wenige korrupte Familien der Oberschicht verdienen Milliarden, während die Natur, die Tiere und die Men-

schen zugrunde gehen.

Eine ökologisch verträgliche Produktion von Palmöl ist grundsätzlich nicht möglich. In wenigen Jahren werden auf Borneo und Sumatra alle Urwälder, die Orang-Utans und wahrscheinlich viele andere dort heimische Tierarten verschwunden sein.

Schuld daran sind vor allem die Großabnehmer des Palmöls in Europa und die europäischen Banken als Finanziers dieses Wahnsinns!

Die EU ist mit ihrer Politik mitverantwortlich, wenn für den angeblich „erneuerbaren“ Treibstoff die letzten Regenwälder in diesem Teil der Erde zerstört werden. Damit wälzen sie die - durch unseren unstillbaren Energie-Konsum verursachten - Umweltprobleme auf die Regenwaldländer ab. Auch deutsche Städte wie Schwäbisch Hall betreiben derzeit noch Wärmekraftwerke mit Palmöl aus Südostasien. Doch was nützt die schönste Energiebilanz hierzulande, wenn diese mit dem Verlust einer unwiederbringlichen Artenvielfalt in den tropischen Ländern erkauft wird? Es ist eine verantwortungslose Trennung der Lokalpolitik von der Weltpolitik. Es handelt sich um einen ökologischen Irrweg, der unverzüglich been-

Die EU ist mit ihrer Politik mitverantwortlich.

det werden muss! Für den Einsatz von Biokraftstoffen müssen zukünftig strengere Kriterien gelten.

Biokraftstoff aus „Abfällen“ europäischer Landwirtschaft ist akzeptabel. Wir brauchen eine grundlegende Änderung der Energiepolitik. Die Lösung ist die konsequente Einsparung von Energie - weg vom Individualverkehr und dem Statussymbol „Auto“ und hin zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, dazu Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind und Wasser sowie die energetische Sanierung von Gebäuden. Und natürlich: Auch in der industriellen Landwirtschaft, insbesondere in der „Viehwirtschaft“ muss sich etwas verändern. Hier sind erhebliche Energieeinsparungen durch den Übergang zur vegetarischen oder noch besser zur veganen Ernährung möglich. Aber das ist ein anderes Thema, über das wir bereits oft in der ZEITENWENDE ausführlich berichtet haben. Klar ist, dass der verschwenderische Energieverbrauch nicht so weitergehen kann wie bisher. Andernfalls steuert die Menschheit sich und alle Mitlebewesen geradewegs in den Untergang.

Christine Engelschall
Redaktion ZEITENWENDE

Ein Schluck Salzlauge mit Cäsium gefällig?

Im Juni 2008 wurde bekannt, dass in das Atommüll-Lager Asse II bei Wolfenbüttel seit Jahren unkontrolliert rund 12.000 Liter Wasser pro Tag eindringen. Die äußerst aggressive Salzlauge droht die Fässer zu zerfressen, und die hochgiftige radioaktive Brühe wird früher oder später das Grundwasser kontaminieren und die Umgebung von Wolfenbüttel verseuchen, wenn nicht bald gehandelt wird.

Die Lauge ist mit Cäsium 137 belastet; der Wert überschreitet den zulässigen Grenzwert um das Achtfache! Gemessen wurden außerdem Strontium, Radium und Plutonium. Die Befürchtungen, dass es dadurch zu einer radioaktiven Kontamination des Trinkwassers kommen könnte, sind - trotz aller Beschwichti-

gungsversuche der Betreiber - berechtigt.

Das ehemalige Kali-Salzbergwerk Asse II war von 1967 bis 1978 ein „versuchsweises Endlager“ für alle in der BRD angefallenen schwach- bis mittlerradioaktiven Stoffe. Die Sicherheit wurde von Anfang an zweitrangig behandelt, denn schon vor der Einlagerung 1967 war bekannt, dass

diese Lagerstätte undicht und einsturzgefährdet ist.

89.000 Tonnen Atommüll wurden in mehr als 126.000 Fässern „entsorgt“: eingelagert, Salz darüber, fertig. Der frühere Betreiber Helmholtz-Zentrum, dessen Mehrheitsgesellschafter das Forschungsministerium ist, versuchte, die skanda- >



löse Schlamperei zu verharmlosen. Für Mensch und Umwelt bestünde keinerlei Gefahr, die Belastung mit Cäsium 137 liege „im Bereich der Umweltradioaktivität“. Tatsächlich aber kommt dieser Stoff in der Natur überhaupt nicht vor und ist eindeutig ein Produkt der Atom-Technologie.

Das Helmholtz-Zentrum wollte die gesamte Grube mit Magnesiumchloridlösung fluten (Kosten: rund eine Milliarde Euro), doch dies wäre der GAU gewesen, denn auch diese Lauge hätte die Fässer aufgelöst. Nur der rechtzeitige Protest von Umweltschützern konnte diesen Wahnsinn stoppen. Der strahlende Müll müsse, so Umweltschutz-Organisationen, nach oben geholt und an einem anderen Ort sicher endgelagert werden (Kosten: 4 Milliarden Euro). Selbstverständlich ginge das alles zu Lasten der Steuerzahler!

Laut Bundesumweltministerium hatte das zuständige Landesbergbauamt gegen geltendes Strahlenschutzrecht verstoßen. Umweltminister Gabriel bezeichnete Asse II als das problematischste atomare Lager in ganz Europa. Renate Künast stellte Strafantrag gegen die Betreiber. Verantwortlich ist seit September 2008 das - Minister Gabriel unterstellte - Bundesamt für Strahlenschutz, und Asse II unterliegt endlich dem Atomrecht anstatt dem Bergrecht. Der gleiche Herr Gabriel aber, der sich jetzt mit der Erfüllung dieser jahrzehntealten Forderung der besorgten Bürgerinnen und Bürger profiliert, hatte das

gleiche Ersuchen vor einigen Jahren als niedersächsischer Ministerpräsident noch strikt abgelehnt.

Für die Atom-Lobby ist Asse II ein herber Schlag ins Gesicht. Angesichts der hohen Ölpreise witterte sie schon Morgenluft, und die Aufdeckung des Skandals durch kritische Journalisten und Umweltschützer kam sehr ungelegen. Die Lobbyisten versuchen nun weiterhin, die Risiken zynisch zu vertuschen und setzen auf die Vergesslichkeit der Bürger sowie auf steigende Energiepreise.

Asse II ist nicht das einzige Atomüll-Lager in Deutschland und Europa. Dass zwangsläufig ganze Landstriche, Flüsse und sogar das Meer radioaktiv verseucht

werden, wurde auch woanders hingenommen. Auch Gorleben ist eine höchst problematische Lagerstätte - ein Salzbergwerk, in das ebenfalls Wasser eindringt. Morsleben, das DDR-„Endlager“, wurde von der damaligen Umweltministerin Angela Merkel - entgegen vielen Bedenken bezüglich der Sicherheit - weiter genehmigt. Es soll erst jetzt endlich geschlossen werden.

Früher wurde der deutsche Atomüll in den Wiederaufbereitungsanlagen Sellafield in Großbritannien und in La Hague an der französischen Atlantikküste gelagert. Seit dem beschlossenen Atomausstieg wird er nach Gorleben transportiert und dort eingelagert.

Atomkraftgegner, die durch Schienen-

blockaden und andere Aktionen zivilen Ungehorsams die Transporte der Castorbehälter verhindern wollen, werden kriminalisiert.

Seitdem es die Atom-Technologie gibt, wird die entscheidende Frage nicht beantwortet: Wohin mit dem Nuklearmüll? Fieberhaft sucht man jetzt nach einer Lösung. Aber die ist nicht in Sicht. Der Skandal Asse II offenbart die desaströse, kurzfristig auf Profit ausgerichtete Energiepolitik in Deutschland und überall dort, wo diese verantwortungslose Technologie gefördert wird. Atomkraft ist nicht nur „riskant“, sondern führt mit Sicherheit früher oder später in die Katastrophe. Tschernobyl lässt grüßen!

Wo bleibt Vater Staats Sorge um die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger, wenn es um Atomüll geht? Nichtraucherenschutz ist wichtig, aber was werden hier für Prioritäten gesetzt? Krebs wird auch durch Plutonium und Cäsium verursacht!

Aktueller Stand: Man schaut sich nach sicheren Endlagern um, die eine Million Jahre halten sollen. Aber es gibt für eine solche Zeitspanne keine Garantie dafür, dass eine Region von Erdbeben, Erdverschiebungen oder Vulkanismus verschont bleibt.

„Nach uns die Sintflut“ ist offenbar das Credo der politisch Verantwortlichen!

Franziska Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE

**Nur der Protest
konnte diesen
Wahnsinn
stoppen.**

**Atomkraft führt
mit Sicherheit in die
Katastrophe.**

Tabuthema

Bevölkerungswachstum

Als ich 1951 das Licht der Welt erblickte, betrug die Weltbevölkerung 2,6 Milliarden. 1960, ich konnte gerade flüssig lesen, war die dritte Milliarde voll. Etwas später las ich in den Zeitungen von besorgten Prognosen und entschloss mich, selbst auf keinen Fall Kinder zu bekommen.

Etwas zur gleichen Zeit wurde die „Pille“ erfunden, aber in vielen Ländern mit explosionsartig steigendem Bevölkerungswachstum kam sie nicht zum Einsatz, weil sie für den damaligen „Oberhirten“ in Rom schlicht Teufelswerk war. An dieser Sichtweise hat sich bis heute nichts geändert. Papst Benedikt XVI. hat die Ablehnung von künstlicher Empfängnisverhütung mit Kondom und Pille erst im Oktober 2008 erneut bekräftigt. Nach offizieller Lehrmeinung der katholischen Kirche ist der Gebrauch von Kondom und Pille nicht mit der Würde des Menschen zu vereinbaren, weil dabei die Zeugung von Nachkommenschaft ausgeschlossen wird.

Die Weltbevölkerung wuchs weiter an - demnächst werden es sieben Milliarden sein. Im Jahr 2050, so eine UNO-Studie, werden sich 9,2 Milliarden Menschen auf unserem Planeten tummeln.

Ungeachtet dieser Zahl macht man sich in der Politik Sorgen um den Geburtenrückgang in unserem Land und verkündet, dass das deutsche Volk durch mangelnden Nachwuchs vom Aussterben bedroht ist. Schon in den postfaschistischen 50er Jahren bekam ich die Hetzkampagne gegen kinderlose Ehepaare und berufstätige Ehefrauen mit. „Die sind egoistisch, wollen keine Kinder, wollen sich ein schönes Leben machen.“ Durch die neuerliche Hetzkampagne gegen „Dinks“ (aus dem Englischen: double income, no kids - doppeltes Einkommen, keine Kinder) fühlte ich mich fatal an damals erinnert.

Der wackere Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für Ernährung, betont, dass bei einer umweltschonenden Lebensweise - vegetarisch, besser noch vegan - die Erde locker 10 Milliarden Menschen ernähren könnte. Das ist gut zu wissen und zeigt, dass unser Planet durchaus das Potential hat,

eine solche Zahl von Menschen zu ernähren. Aber müssen wir deswegen gleich 10 Milliarden Artgenossen anstreben? Kinder brauchen außer Essen vieles andere: Wohnraum, Heizung, Kleidung und anfangs jede Menge Windeln. Auch für „Pampers“ wird Regenwald gerodet!

Bis Anfang des 19. Jahrhunderts hielt sich die Wachstumsrate der Weltbevölkerung in Grenzen. Infolge verbesserter Hygiene, medizinischen Fortschritts und des Rückgangs der Säuglingssterblichkeit hat sie sich in den letzten 200 Jahren dann verdreizehn-

verknappung und Flächenverbrauch ansteigen. Vor allem aber wird Wasser knapp. Es wird dafür Kriege und brutalste Verteilungskämpfe in nicht allzu ferner Zukunft geben!

Warum wird ausgerechnet in der BRD ein Bevölkerungsrückgang als Katastrophe an die Wand gemalt? Deutschland gehört nach Indien gemeinsam mit Pakistan und Großbritannien zu den Regionen mit der größten Bevölkerungsdichte. Dennoch scheint, so suggerieren die Medien, Konsens darüber zu herrschen, dass „wir“ zu wenige

Kinder in Deutschland und auch im übrigen Europa haben. In Spanien erhält man für ein Kind 2500 Euro Prämie, um die Gebärfreudigkeit zu erhöhen. Sind Europäer denn so besonders kostbar, dass es von ihnen nicht genug geben kann?

Unsere Politiker sind blind, wenn es um verantwortungsvolle Familienpolitik geht. Globales Denken wird immer dann kleingeschrieben, wenn es um nationale Interessen geht. Deutschland braucht Nachwuchs, denn der soll ja auch die Renten sichern. Kinderfreundlich ist es nicht,

wenn man Kinder zeugt, um sie für sich arbeiten zu lassen, ihnen riesige finanzielle Altlasten aufbürdet - mittlerweile 1,6 Billionen Euro - und ihnen zumutet, einmal den ökologischen Totalkollaps des Planeten zu erleben.

Ausgerechnet der „homo sapiens“ ist so unklug, sich durch hemmungslose Vermehrung selbst ins Elend zu katapultieren - vielleicht bis hin zur Auslöschung der eigenen Spezies. Aber die Ignoranz grassiert inflationär und dementsprechend wird weitergezeugt.

Franziska Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE



Funktion	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
<i>Aufgabenbereiche</i>				
Vorsitzender	Eck, Stefan Bernhard	Preußenstr. 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/94 03 207 Fax 06 81/94 03 205	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
<i>Führung, Redaktion ZEITENWENDE, PR-Arbeit, Finanzausschuss</i>				
1. Stellvertreterin	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 05331/90 45 25 Fax 05331/9 49 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
<i>Redaktion ZEITENWENDE, Presse-Arbeit</i>				
2. Stellvertreterin	Holst, Ingeborg	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 0 71 66/14 80 Fax 0 71 66/913 90 30	ingeborg-holst@ tierschutzpartei.de
<i>Kontakte mit Landesverbänden, Presse-Arbeit</i>				
Schatzmeisterin	Engelschall, Christine	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 089/25 54 88 01 Fax 089/25548802	christine-engelschall@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzverwaltung, Finanzausschuss</i>				
Stv. Schatzmeister	Holst, Manfred	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 0 71 66/16 10 Fax 0 71 66/913 90 90	manfred-holst@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzverwaltung, Finanzausschuss, Org. Bundesgeschäftsstelle</i>				
Schriftführerin	Bettenhäuser, Carola	Postfach 74 02 03 13092 Berlin	Tel. 030/9 46 31-371 Fax 030/9 46 31-372	carola-bettenhaeuser@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftleitung, Chronik</i>				
Stv. Schriftführerin	Gerhardt, Franziska Ute	Luckenbachweg 2 79115 Freiburg	Tel. 07 61/5 55 96 31 Fax 0761/5 55 96 31	franziska-gerhardt@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftleitung, Chronik</i>				
Beisitzer	Gerlach, Jürgen	Hauptstraße Süd 87a 69483 Wald-Michelbach	Tel. 0 62 07/92 04 26 Fax 0 62 07/92 04 27	juergen-gerlach@ tierschutzpartei.de
Beisitzer	Jesiek, Kai	Deddeborg 1 26844 Jemgum	Tel. 0 49 58/91 05 04 Fax 0 49 58/91 04 41	kai-jesiek@ tierschutzpartei.de
<i>Webmaster</i>				
Beisitzerin	Karl-Sy, Mirjam	Nicolaiplatz 1 39124 Magdeburg	Tel. 03 91/252 87 62	mirjam-karl-sy@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin	Rust, Christa	Eschersheimer Landstr. 280 60320 Frankfurt	Tel. 069/5 60 21 63	christa-rust@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin	Thau, Monika	Volmerswertherstr. 386 40221 Düsseldorf	Tel. 02 11/9 02 33 75	monika-thau@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzausschuss</i>				

Landes-verbände	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@ tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Engelschall	Christine	80331 München	Hochbrücken- straße 8	089/25548801 089/25548802	christine-engel- schall@tierschutz- partei.de
Berlin	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Kalka	Artur	12045 Berlin	Weserstraße 165	030/44650324 030/81012759	artur-kalka@ tierschutzpartei.de
Hessen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Rust	Christa	60320 Frankfurt	Eschersheimer Ldstr. 280	069/5602163	christa-rust@ tierschutzpartei.de
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@ tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Thau	Monika	40221 Düsseldorf	Volmerswerther- straße 386	0211/9023375	monika-thau@ tierschutzpartei.de
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstr. 62	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzsch	Andreas	01909 Großharthau- Schmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzsch@ tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Gutenbergstraße 24	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol. com
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald-von-fehr@ tierschutzpartei.de

Liste der durch Bundesparteitagsbeschlüsse gegründeten Bundesarbeitskreise (BAK)

- | | |
|---|--|
| 1. BAK Ernährung/Vegetarismus, Gesundheit u. Naturheilkunde | 8. BAK Tiere in der Unterhaltungsbranche |
| 2. BAK Alternative Energien | 9. BAK Heimtiere |
| 3. BAK Praktischer Tierschutz | 10. BAK Stadttauben |
| 4. BAK Arbeit, Wirtschaft und Finanzen | 11. BAK Soziales und Kultur |
| 5. BAK Menschenrechts-, Entwicklungs- und Asylpolitik | 12. BAK Haustierdiebstahl |
| 6. BAK Tierrechte/Veganismus | |
| 7. BAK Jagd | |

Kontaktadressen können bei der Bundesgeschäftsstelle erfragt werden.

Webseiten unserer Partei

Tierschutzpartei/Bundesverband: www.tierschutzpartei.de
 LV Baden-Württemberg: www.tierschutzpartei-bw.de
 LV Berlin: www.tierschutzpartei-berlin.de
 LV Sachsen-Anhalt: www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de
 LV Sachsen: www.tierschutzpartei-sachsen.de
 ZEITENWENDE ONLINE: www.zeitenwende-online.de



Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle.

1. „Partei ergreifen, damit die Welt von morgen gerechter wird.“
2. „Einige Fragen und Antworten zu unserer Partei“
3. „Kurzfassung einiger Themenbereiche aus Grundsatz- und Wahlprogramm“
4. Postkarte „Timmi“
5. „Tierversuche abschaffen! NEIN zur Gentechnik“
6. „Kulturschande Tierversuch“
7. „Haustierdiebstahl – das immer noch unaufgeklärte Verbrechen“
8. „Ganzheitliches Denken“
9. Wahlprogramm
10. Grundsatzprogramm
11. „Rationale Verhaltensweisen im 21. Jahrhundert unter Berücksichtigung eines anständigen Umgangs mit den Tieren“ von Dr. Walter Neussel (130 Seiten)

Aufnahmeanträge sind kostenlos über die Bundesgeschäftsstelle zu beziehen!

Bundesschatzmeisterei:

Christine Engelschall
 Hochbrückenstraße 8
 80331 München
christine-engelschall@tierschutzpartei.de

Landesbank Baden-Württemberg
 BLZ: 600 501 01
 Konto: 4 286 088

Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber
 Fritz-Schumacher-Weg 111
 60488 Frankfurt/Main
 Tel. 069/76809659
 Fax 069/76809663
bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
 Bürozeiten:
 Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:

Kommissarische Vorsitzende:
 Monika Grieshaber
 Beisitzerinnen: Sabine Geisler, Christa Jenke

Webmaster: Kai Jesiek

Deddeborg 1, 26844 Jemgum
 Tel. 04958/910441, Fax 04958/910441
webmaster@tierschutzpartei.de

Landesverbände in Aktion - Internes näher beleuchtet

Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



LV Baden-Württemberg

Zum Welttierschutztag am 4. Oktober informierte unser Mitglied Astrid Suchanek interessierte Mannheimer Bürgerinnen und Bürger an einem Stand über die Ziele der Partei. Da unsere Pressemitteilungen von den Medien nur sehr selten veröffentlicht werden, schrieb sie einen privaten Leserbrief, in dem sie anlässlich des Welttierschutztages zum Nachdenken und zu einer besseren Behandlung unserer Mitgeschöpfe aufrief.

Bei der alljährlich in Stuttgart stattfindenden „Pelzfrei-Demo“ am Samstag, den 8. November, beteiligten wir uns erfolgreich mit einem Info-Stand. „Erfolgreich“ deshalb, weil wir bei dieser Gelegenheit viele Unterstützerunterschriften sammeln und für unsere Partei werben konnten. An der Demo nahmen ca. 300 vorwiegend junge Leute teilgenommen. Nebenbei - das Polizeiaufgebot war auch wieder überwältigend!

(Ingeborg Holst)



Auf dem Foto sind vor dem Infotisch unsere 4 KandidatInnen für die Bundestagswahl zu sehen (von links): Ingeborg Holst, Astrid Suchanek, Christine Renz, Diego De Filippi.



LV Berlin

Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stand auch das Sammeln von Unterstützerunterschriften für die Wahlen. Mit derzeit etwa 1200 Unterschriften für die EU-Wahl und etwa 900 Unterschriften für die Bundestagswahl (Stand 1.11.08) haben wir einen guten Start hingelegt. Da die Abgabefrist bez. der EU-Wahl im März ausläuft, dürfen wir nicht lockerlassen!

Wir unterstützten den internationalen „Japan Dolphin Day“ am 3.9. vor der Japanischen Botschaft.

Ferner beteiligten wir uns mit einem Info-Stand beim veganen Sommerfest am 7.9. und bei der „Bello-Parade“ am 4.10. für mehr

Akzeptanz von Hunden und ihren Haltern, für die Abschaffung der Rasseliste und für mehr Hunde-Auslaufgebiete.

Unsere „herbstlichen Aktivitäten“ schlossen wir mit einem Info-Stand vor der Heimtier-Messe am 1. und 2. 11. ab.

(Artur Kalka)



LV Niedersachsen

Anlässlich eines Eltern-Kinderfestes am 5.10. sammelten wir Unterschriften für beide Wahlen. Was das Wetter betraf, bekamen wir einen Vorgesmack darauf, was uns allen der Klima-

„wandel“ noch bescheren wird: Der Sturm mit zeitweise Hurrikan-ähnlichen Ausmaßen hatte zur Folge, dass wir nach dem Dauerstress froh waren über rund 60 Unterschriften. Ich

fragte mich, wann der Gesetzgeber die „knallharte“ Forderung – für sämtliche Wahlen Tausende Unterschriften zu sammeln – den veränderten Bedingungen anpasst, unter denen wir diese Fronarbeit leisten müssen: katastrophale Wetterbedingungen; dank Telekom & Co. eine zunehmende Ablehnung, persönliche Daten preiszugeben; Verweigerung, sich politisch zu engagieren dank flächendeckender Politikverdrossenheit.

Am 11.10. unterstützten 8 Mitglieder des LV die Demonstration der „Initiative zur Abschaffung der Jagd“ in Hannover. Als günstig erwies sich, dass wir etliche großformatige Transparente mitgenommen hatten, so dass die Passanten auf uns aufmerksam wurden.

(Margret Giese)



Die KandidatInnen für die Bundestagswahl 2009 (von links): Dagmar Girnus, Martin Pröhl, Margret Giese, Daniela Seibel, Daniela Rieger, Manuela Jung, Martin Bothe, Wilhelm Pröhl

„Spende“ einmal anders: Als Jagdgegner ärgerten sich die Gebr. Pröhl mehrmals darüber, dass Jäger die hiesigen Schulen und Waldkindergärten besuchen und mit Anschauungsmaterial (ausgestopfte Füchse, Marder usw.) versuchen, Kinder für Natur, Wildtiere und Jagd zu begeistern. Bei diesen Aktionen wurde jeweils eine Spende des örtlichen Hegeringes übergeben. Wir übergaben nun unsererseits eine Spende in Höhe von 200 Euro an den „WaKiGa“ Wietzendorf. Unter dem Beifall von Betreuerinnen und Eltern äußerte W. Pröhl den Wunsch, dass diese Kinder in Frieden mit Natur und Wildtieren aufwachsen.



1. Vors. des „WaKiGa“ Wietzendorf, Sonja Israel, nimmt einen Holzsteller mit Gravur und den Scheck über 200 € entgegen

An der Sendung „diskuTier“ am 10.09 nahm auch Jagdgegner und Parteimitglied W. Pröhl teil. Weitere Gäste: Jessica Wahl, von „No Angels“, Karl-Heinz Funke, Ex-Agrarminister, sowie Dr. Edmund Haferbeck von PETA. Funke hatte sich als passionierter Jäger einer Reihe unbequemer

Fragen bez. der heutigen Hobbyjagd zu stellen. Seine Schönrede rei demaskierte ihn als typischen Politiker. Wir waren uns nach der Sendung einig, dass man das brisante Thema Jagd nicht in einer Stunde diskutieren kann.

Am 27.09. fand das Wietzendorfer Honigfest statt, und zwar direkt vor unserer Haustür. Was lag näher, als die Gelegenheit zu nutzen, die Besucher an einem Info-Stand auf unsere Partei aufmerksam zu machen und gleichzeitig Unterschriften für die beiden Wahlen zu sammeln. Etliche der rund 9000 Besucher blieben am Stand stehen, gaben uns ihre Unterschrift und versorgten sich mit Info-Material zur Partei.

(Wilhelm Pröhl)



LV Nordrhein-Westfalen

Die Aktivitäten des LV während der letzten Monate waren durch das Sammeln von Unterschriften für die Wahlen geprägt. Monika Thau und Michael Siethoff besuchten mit ihren Info-Ständen am 10.08. die vegane Sommerparty der TVG Aachen in Herzogenrath.

Am 24.08. sammelten Waltraud Wählich und ich Unterschriften auf dem Umweltmarkt in Brüggen.

Am 6.9. nahmen wir am Veggie-Street-Day in Dortmund teil. Am Welttierschutztag hatte Gertrud Szemat in Essen einen Info-



Stand; die Mitglieder Dr. Ingeborg Gräßer, Michael Siethoff und Albert Hille halfen tatkräftig mit.

Immer wieder stellen wir fest, dass die meisten Menschen gar nichts über die Zusammenhänge von Welthunger, Klimawandel und Fleischkonsum wissen. Aufklärungsarbeit tut not - packen wir's an.

(Monika Thau)



LV Hessen

Auch in diesem Jahr – es war bereits das dreizehnte Mal – fand auf dem Gelände des Rebstockparks in Frankfurt das Deutsch-Afrikanisch-Karibische Kulturfest statt. Auch der LV Hessen war mit einem großen, ansprechend ausgestatteten Aktionsstand vertreten. Bei gutem Wetter herrschte an zwei Tagen auf Hessens größtem



Kulturfestival dieser Art reges Treiben. Es machte Spaß, einmal in so ungewohnter Atmosphäre unsere Partei in Wort, Schrift und Bild vorzustellen. Auch durch unsere Präsenz beim Ball der Polizei konnte der Bekanntheitsgrad der Partei erhöht werden.

Wie in jedem Jahr besuchte der LV Hessen etliche Tierheimfeste, was unserer Partei insgesamt zugute kommt. Mitglieder und Besucher dieser Feste sind in der Regel immer bereit, ihre Unterschriften zu leisten - eine Gelegenheit, die wir uns nicht entgehen lassen wollten.

In Lorsch wurde am 14.09. ein Mensch/Tiergottesdienst abgehalten. Die Pastorin betonte in ihrer Predigt die untrennbare Einheit von Tier, Mensch und Natur. Sie forderte mehr Respekt vor der „Schöpfung“, in der alle Lebewesen gleichberechtigt sein sollten. Neben regionalen Tierschutzorganisationen waren wir auch mit einem Info-Stand vertreten.

Welttierschutztag: Es gibt kaum einen besseren Anlass, um für unsere Partei zu werben. Darum wurde am 4.10. in der Frankfurter Innenstadt mit einem auffällig platzierten Info-Stand auf die Partei aufmerksam gemacht. Bei der Vielzahl der Passanten auf der „Shoppingmeile“ konnten durch intensive Gespräche gute Ergebnisse erzielt werden.

Kleiner Hinweis: Eine größere Mithilfe bei unseren Aktionen wäre uns sehr willkommen! Leider mangelt es häufig an tatkräftiger Unterstützung durch die Mitglieder; nur wenige sind wirklich aktiv, besonders denen aber gilt unser Dank für ihren Einsatz.

(Volker Arndt)

Unsere edlen Mitbewohner

Mitglieder des LV Hessen nahmen anlässlich der Frankfurter Buchmesse an einer Veranstaltung im Rahmen des Forums „Wissenschaft“ teil. Der Titel: „Tiere - unsere edlen Mitbewohner“ (Untertitel: „Jedes Geschöpf, dem man begegnet, hat ein Herz und Gefühle und verdient Respekt“).

Eine Organisation aus Taipeh (Taiwan/China) mit dem Namen „Love Ocean International Company Ltd.“ berichtete in einer groß angelegten Aktion über die Veröffentlichung eines Bestsellers ihrer spirituellen Botschafterin Ching Hai - Titel: „Die Vögel in meinem Leben“.

Die Einladung erweckte Neugier und große Erwartungen: Die Veranstaltung, so hieß es, werde über 14 Satelliten (in 60 verschiedenen Sprachen) weltweit live ausgestrahlt. Über einen hauseigenen Fernsehkanal werden rund um die Uhr die Botschaften von Ching Hai in alle Welt gesendet.

An der sehr gut besuchten Veranstaltung nahmen bekannte Personen aus der Tierschutz-/Tierrechtsszene teil, darunter Jasmijn de Boo, Gründerin und Vorsitzende der englischen Tierschutzpartei (vorher Mitglied der holländischen „Partij voor de Dieren“), Hilmar Steppat, Chefredakteur des Vebu-Magazins „Natürlich Vegetarisch“, Julie Lesciaux, franz. Journalistin beim „Végétariens Magazine“, Dr. Anke Domberg, eine ganzheitlich arbeitende Tierärztin, Michaela Stark, die in ihrer Tierheilpraxis mit Bachblüten und Edelsteinen arbeitet, u.a. Unser LV war mit 8 Mitgliedern gut vertreten.

Erstaunlich war das technische Equipment der Veranstalter, das aber leider nicht so funktionierte, wie man erhofft hatte. Schließlich gelang es, Frau Ching Hai zuzuschalten und die Anwesenden konnten ihr Fragen stellen.

Jürgen Gerlach stellte die Frage nach ihrer Meinung bez. Tierrechte, die in unserem Sinne beantwortet wurde. Der Mensch, so fügte sie hinzu, solle den Tieren im Auftrag Gottes mit Liebe begegnen.

Frau Ching Hai wurde im Jahr 1993 mit dem „Weltfriedenspreis“ ausgezeichnet und befindet sich damit in illustrier Gesellschaft von Charlie Chaplin und dem russischen Komponisten Dimitrij Schostakowitsch. Weitere Preise folgten, so 1994 der „World Spiritual Leadership Award“ und der philippinische „Gusi-Friedenspreis“. Sie vertritt die Auffassung, dass eine intensive Kommunikation zwischen Tier und Mensch möglich und anzustreben sei. Mit Nachdruck verbreitet sie auch den Gedanken, dass zur Rettung des Klimas die vegetarisch/vegane Lebensweise entscheidend ist.

Am Rande der diesjährigen Buchmesse war eine derbe, man könnte fast sagen taktlose Kuriosität anzutreffen: Hatten doch die Professoren Gummert-Hauser, Beck und Stücke von der Hochschule Niederrhein nach einer Idee von Katharina Nitz aus dem Fachbereich Design Krefeld, etwas Werbeträchtiges auf die Beine gestellt. Eine Wurst- und Fleischtheke mit Details. Und das fand, wie hätte es auch anders sein können, einen regen Zuspruch bei durchweg positivem Anklang. „Man sagt zu einem antiquarischen Buch doch auch alter Schinken“, entschuldigt Christiane Sassen auf Nachfrage von uns die Absicht zur Ausstaffierung ihres Verkaufsstandes. Doch wir sind der Meinung, das gehört wieder einmal in die Tonne mit der Aufschrift „geschmacklos“.

(Volker Arndt)



LV Sachsen

Der Landesverband Sachsen wählte auf seinem Landesparteitag am 25.10. die KandidatInnen für die Landtagswahl 2009. Um an der Wahl teilnehmen zu können, benötigen wir 1000 Unterstützungsunterschriften. Wer sich am Sammeln der Unterschriften beteiligen möchte, wende sich bitte an den LV-Vorsitzenden Andreas Hantzsche, Dörfel 6, 01909 Großharthau-Schmiedefeld, Tel./AB: 035954-52122, E-Mail: a.hantzsche@t-online.de.

(Andreas Hantzsche)



LV Sachsen-Anhalt

Am 12.10. fand in Magdeburg unser Parteitag statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Josef Fassl, blickte Versammlungsleiter Peter Barczik auf die Entwicklung des Landesverbandes seit dem letzten Parteitag zurück. Er berichtete von der Demo in Gerbisbach und unserer Unterstützung der Bürgerinitiative Mahlwinkel/Cobbel gegen Schweinemastanlagen sowie vom Protest gegen die Tötung der drei gesunden Tigerbabys im Magdeburger Zoo. Darüber hinaus ging er auf die Fragestunde im Magdeburger Stadtrat ein, die vor allem Lothar Tietge regelmäßig nutzte, um Tierschutz-Probleme auf den Tisch zu bringen. Ferner erwähnte er die Teilnahme von Josef Weidenhaupt und Detlef Förster am Internationalen Gerichtshof für Tierrechte in Genf. Günther Schuchardt vertrat den LV beim Welt-Vegetarier-Kongress. Wir brachten uns bei der Debatte im Landtag zum geplanten Kampfhundegesetz ein und versuchten, beim Streit um das Schönebecker Tierheim zu vermitteln. Erfreulich entwickelten sich sowohl unsere Mitgliederzahl als auch die wachsenden Zugriffszahlen auf unserer Webseite, die mittlerweile von BürgerInnen für Fragen und auch von Medien zur Kontaktaufnahme genutzt wird.

Im Anschluss erläuterte Josef Fassl die kommenden Aufgaben. Er selbst habe sich in jüngster Zeit vermehrt mit dem Thema „Zoo“ auseinandergesetzt, auch in Vorbereitung einer einstündigen TV-Gesprächsrunde, zu der er und der Zoodirektor eingeladen waren. Nach Rücksprache mit dem Bundesvorsitzenden plant er, im nächsten Jahr ein Positionspapier zum Thema „Zoo“ auszuarbeiten.

Neben der EU-Wahl wird eine unserer wichtigsten Aufgaben das gute Abschneiden unserer Partei bei der Kommunalwahl in Magdeburg sein. Am 07.06.09 sollen in allen zehn Wahlbereichen KandidatInnen unserer Partei antreten und zumindest den 2004 erreichten und 2006 verlorenen Sitz im Stadtrat wieder besetzen.

Am 30.11. werden wir die KandidatInnen aufstellen und unser Wahlprogramm beschließen. Wir haben also viel vor uns.

(Bettina Fassl)



LV Thüringen

Es würde wieder den Rahmen sprengen, die gesamte Korrespondenz, die Pressemeldungen und karitativen Aktivitäten der letzten Monate aufzuführen. Einige Beispiele: An diverse Bundesmini-

sterien Protestschriften wegen freiverkäuflicher Gifte zur „Schädlingsbekämpfung“, wegen der geplanten Kormoran- und Fischereiverordnung und der Gesetzesverstöße von Staatsanwaltschaften und Gerichten in diesem Zusammenhang. Pressemeldungen zum Problem Jagd und zum Welttierschutztag.

Eingabe an das Thüringer Landesverwaltungsamt zum Brandschutzgutachten bez. des Baus der Schweinezuchtanlage Alkersleben mit 22.500 Schweinen. Teilnahme an mehreren Gesprächsrunden mit der BI in Dornheim und Arnstadt sowie an der Anhörungssitzung der Thüringer Landesregierung. Die Versuche, die artwidrige Bärenhaltungen in Klötze (Sachsen-Anhalt) sowie in Berlin zu verbessern bzw. die betroffenen Tiere in Bärenparks unterzubringen, scheiterten an der Sturheit der Behörden.

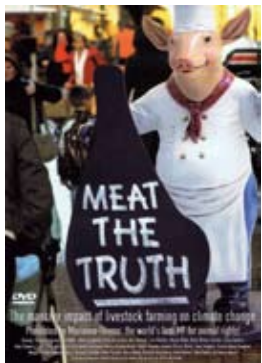
Wir nahmen an der Demo gegen überhöhte Kommunalabgaben vor dem Landtag in Erfurt am 11.09. teil und an der Anti-Jagd-Demo in Hannover am 11.10., bei der wir von der dortigen Polizei in einer Weise behandelt wurden, wie man sie eher Terroristen zuteil werden lässt. Wir legten dagegen schriftlich schärfsten Protest bei den Behörden ein. *(Harald von Fehr)*

Vorstandsarbeit

Bericht vom Bundesparteitag

am 27. September 2008 in Frankfurt/Main

Dieser Bundesparteitag, zu dem Vertreter/innen aus 9 Landesverbänden gekommen waren, verlief in sehr harmonischer Atmosphäre. Gleich zu Beginn wurde der Film „Meat the Truth“ vorgeführt, der schonungslos den Zusammenhang von



Klima„wandel“ und globaler Fleischproduktion aufzeigt. Die Äußerungen in der anschließenden Diskussion waren sehr positiv und bestärkten uns in der Absicht, den Film in Deutschland, Österreich und der Schweiz zur Vorführung zu bringen - in kulturell ausgerichteten Kinos und, wenn möglich, im Fernsehen. Die Durchführung des Projekts liegt im Wesentlichen in den Händen unseres Vorsitzenden; die Aufgabe der Übersetzung zwecks Synchronisation habe

ich (Margret Giese) übernommen. Zur Realisierung dieses Vorhabens haben sich bereits einige geeignete Persönlichkeiten aus der Film- und Musikbranche ehrenamtlich zur Verfügung gestellt.

Danach berichtete Stefan Eck von unserem Engagement beim Weltvegetarier-Kongress Ende August in Dresden. Zehn Partei-

mitglieder - die meisten aus dem Bundesvorstand - leisteten an unserem Infostand gute PR-Arbeit.

Nach der Mittagspause wurde über die bevorstehenden Wahlen diskutiert. Man einigte sich auf folgende EU-Wahlkampfthemen: Agrar-Subventionsabbau, Schlachttier-Transporte, Stierkampf, Tierversuche, Klimaschutz. Für die Bundestagswahl sind folgende Themen vorgesehen: „Demokratieverlust“, „Neues Tierschutzgesetz“, Atomkraft, Klimaschutz, Gentechnik in der Landwirtschaft, Schächten, Rentner-Armut, Arbeitslosigkeit.

Stefan Eck rief die Anwesenden dazu auf, sich beim Sammeln der bundesweit vorgeschriebenen 4000 Unterstützungsunterschriften für die EU-Wahl zu beteiligen. Er machte deutlich, dass es bezüglich der Bundestagswahl für die daran teilnehmenden Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern notwendig ist, alle Kräfte zu mobilisieren, um die erforderlichen Unterstützungsunterschriften (mindestens 2000 je Bundesland) zu erzielen. Ferner erklärte er, wie wichtig das Überschreiten von 0,5 Prozent Stimmenanteil bei der EU-Wahl ist, weil davon die Zuwendung staatlicher Mittel abhängt. In einer Zeit, in der der Tierschutzgedanke in der Öffentlichkeit durch schwerwiegende Probleme (Finanzkrise, Altersarmut, Rentenangst etc.) ins Hintertreffen geraten ist, dürfe es nicht leicht werden, die bei der Europawahl 2004 erzielten 1,3 Prozent zu erreichen.

In einer Probeabstimmung über die Abänderung unseres Parteinamens in „Mensch Umwelt Tier“ (statt „Tierschutz“), die auf einen Vorschlag des Bundesvorsitzenden zurückging, sprach sich eine eindeutige Mehrheit dafür aus. Beim kommenden Bundesparteitag im Frühjahr 2009 wird das Thema „Änderung des Parteinamens“ erneut auf der Tagesordnung stehen.

Anschließend ging es um den Berliner Privatsender TIER.TV, der einzige Sender, bei dem es wirklich rund ums Tier geht. Es wäre wünschenswert, so der Bundesvorsitzende, dass möglichst viele Tierfreunde das Programmangebot des Senders wahrnehmen.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde der Antrag des Bundesvorstandes einstimmig angenommen, den BAK „Public Relations und Wahlkampf“ aufzulösen und stattdessen eine AG zu gründen, die dem BV zuarbeitet. Anschließend berichtete Stefan Eck über die Planungen bezüglich eines zu gründenden Bundesarbeitskreises „Tierschutz im Unterricht“. Dieser soll an die Kultusministerien mit Forderungen herantreten, die sich auf Tierschutz, Umwelt und die Gesundheit beziehen.

Bei der Frage, ob es angesichts zusätzlicher erheblicher Kosten sinnvoll ist, Ortsverbände zu gründen, wurde beschlossen, stattdessen „Regional- bzw. Ortsgruppen“ ohne den Rechtsstatus eines Orts- oder Landesverbandes ins Leben zu rufen. Gruppen dieser Art können jederzeit unbürokratisch und kostenneutral gegründet werden.

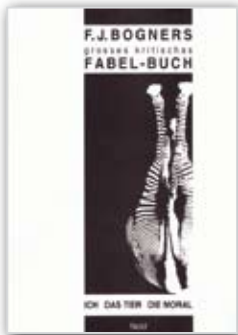
Zum Thema „Pressearbeit“ informierte der Vorsitzende abschließend darüber, dass etwa 800 Presseorgane an unseren Mitteilungen interessiert sind. Um unserer Aufgabe gerecht werden zu können, möglichst häufig zu relevanten Themen Stellung zu beziehen, wurde erneut um Mitarbeit gebeten.

Um 18.15 Uhr ging ein Parteitag zu Ende, bei dem in konstruktiver Weise wichtige Themen behandelt wurden.

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

Literaturempfehlungen



**F. J. Bogners grosses
kritisches Fabel-Buch
Ich Das Tier Die Moral**

Stefan Bernhard Eck hatte dem Autor zugesagt, selbst eine Rezension zu schreiben, aber er war gerade mit Terminvorhaben beschäftigt und bat mich daher, über „F. J. Bogners grosses kritisches Fabel-Buch“ eine Literaturempfehlung zu verfassen. Ich übernahm diese Aufgabe mit gemischten Gefühlen, denn eine Literaturempfehlung über ein Buch zu schreiben, bei dem gleich auf der Umschlagseite „großes“ mit doppeltem „s“ geschrieben wird und das Komma zwischen den Adjektiven fehlt, kam mir doch etwas sonderbar vor! Außerdem - moderne Kunst und Literatur hin oder her - das Zebra steht auf dem Kopf.

Ich las das Buch gleich mehrmals hintereinander. Beim ersten Überfliegen fand ich es ungewöhnlich, deshalb anstrengend und im Übrigen nicht sonderlich lesenwert. Beim zweiten Mal verstand ich zumindest die Absicht des Autors: Mit verschiedenen Ausdrucksmitteln die Dummheit, Überheblichkeit und Verlogenheit der Gattung Mensch zu entlarven. Beim dritten und letzten Mal habe ich oft herzlich gelacht und mich für etwas mehr als zwei Stunden - länger braucht man nicht, um die 123 Seiten zu lesen - köstlich amüsiert.

Nach der Lektüre störten mich plötzlich das doppelte „s“, die vielen fehlenden Kommas und die eigenwillige Rechtschreibung nicht mehr. Bogner will, so wurde mir klar, offenbar in jederlei Hinsicht provozieren und setzt sich - was hier als kurioses Stilmittel zu werten ist - dem Verdacht aus, der deutschen Sprache nicht in allen Teilen mächtig zu sein...

Ein Buch, das aus dem Rahmen fällt und gerade deshalb eine gewisse Faszination ausübt. Auch wenn das Lesen etwas anstrengt - es lohnt sich!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



**Hans Herbert von Arnim
Die Deutschlandakte**

Ich gehe jede Wette ein: Sie beginnen dies Buch zu lesen, und es lässt Sie nicht mehr los. Die einzige Voraussetzung dafür ist, dass Sie den Wunsch haben, sich über die Hintergründe des politischen Geschehens in unserem Land zu informieren. Und ich garantiere Ihnen, dass Sie sich wundern werden, welche Fülle brisanter Details da auf Sie zukommt. Es steht außer Frage: Wenn es um die Grundlagen des politischen Systems geht, bleibt man seitens der Medien uninformiert, und an dieser Stelle setzt Hans Herbert von Arnims Aufklärungsarbeit ein. Die führenden Parteien haben es zunehmend verstanden, die Schaltstellen in Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz, im Schulwesen, in den Medien - kurz, im gesamten gesellschaftlichen Leben mit „ihresgleichen“ zu besetzen. Vetternwirtschaft, Ämterpatronage, Lobbyismus und Korruption - Begriffe aus dem Umfeld der etablierten Parteien!

Beispiel Energiewirtschaft: Für Strom müssen wir - mit einer Preiserhöhung von 40 Prozent seit 2000 - sehr viel mehr bezahlen als unsere Nachbarn im Ausland mit 7 Prozent. Haben die vier großen Stromriesen mit ihren unablässigen Preiserhöhungen bei uns „Narrenfreiheit“? Von Arnim klärt auf: Staat und Energiewirtschaft sind eng miteinander verflochten. So bedachte RWE die beiden Herren von der CDU Hermann-Josef Arentz und Laurenz Meyer mit üppigen Zahlungen von ca. 5000 Euro monatlich. Auch Gerhard Schröder, Werner Müller und Wolfgang Clement kommen in dem Buch nicht zu kurz!

Mit wie viel Raffinesse es der „politischen Klasse“ (noch) gelingt, die nicht im Parlament vertretenen Parteien außen vor zu halten (5 Prozent-Hürde, dauerhaftes Unterschriften-Sammeln für Wahlen, schlechte Karten bei der Parteienfinanzierung usw.) - dies und viel mehr wird in diesem hochbrisanten Buch mit Scharfsinn erörtert. Das ideale Weihnachtsgeschenk für alle, die sich den umfassenden politischen Durchblick wünschen!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

**F. J. Bogner: F. J. Bogners grosses kritisches Fabel-Buch
Ich Das Tier Die Moral**
Kartonierte, 123 Seiten
Wilfried Nold Verlag, Frankfurt
ISBN 3-935011-54-7
Preis: 16,- Euro

**Hans Herbert von Arnim:
Die Deutschlandakte**
Gebundene Ausgabe, 368 Seiten
C. Bertelsmann Verlag
ISBN-10: 3570010244
Preis: 16,95 Euro

Unsere Restaurant-Empfehlung Das Restaurant „Sattgrün“ in Düsseldorf

Sie können sich vorstellen, dass ich nicht alle Restaurants, die ich Ihnen empfehle, auch selbst unter die Lupe nehmen kann. Dieses Restaurant besuchte z. B. unser Vorsitzender vor einiger Zeit und berichtete mir darüber. Das Angebot, die Geschäftsphilosophie und der freundliche Restaurant-Chef, mit dem ich telefonierte, verdienen es meiner Meinung nach, hier vorgestellt zu werden.

Ich möchte einfach die Informationen, die ich der Homepage des Restaurants entnommen habe, für sich selbst sprechen lassen: „Wir benutzen natürliche Zutaten (keine Geschmacksverstärker, keine Konservierungsstoffe und keine künstlichen Süßstoffe). Wir verwenden für unsere Speisen keine

gentechnisch veränderten Lebensmittel. Es gibt zu jedem Gericht die komplette Zutatenliste. Brot und Gebäck gibt es vom Biobäcker aus der Region. Alle Speisen sind lacto-vegetarisch, davon sogar 90 Prozent vegan. Kaffee und ähnliche Produkte sind nur aus fairem Handel. Das Einwegbesteck und einige Verpackungen sind bereits heute schon komplett kompostierbar. Strom wird zu 100 Prozent aus regenerativen Energiequellen bezogen. Bei der Auswahl und Zusammenstellung der Gerichte wird ein Ernährungsmediziner hinzugezogen.“ Die Öffnungszeiten sind werktags von 11 bis 20 Uhr, samstags von 12 bis 18 Uhr, sonntags ist das Restaurant geschlossen.

Ich bin begeistert von diesem Restaurant und seinen Angeboten, weil dahinter verantwortungsvolle UnternehmerInnen stehen, die mit ihrer Dienstleistung zum Menschen-, Tier- und Umweltschutz beitragen.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE

Sattgrün

Graf-Adolf-Platz 6, 40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 876 33 90



Das vegane Rezept Ingwerkekse

Vielleicht ungewohnt, aber warum nicht einmal etwas Neues ausprobieren? Die exotische Schärfe des Ingwers eignet sich hervorragend für Gebäck. Ingwer ist appetitanregend, wirkt wärmend und schmeckt - auch wenn das Gewürz wegen seiner Schärfe ein wenig gewöhnungsbedürftig ist.

Zutaten für 6 Personen:

2 TL Ingwerpulver
225 g Weizenvollkornmehl
1 TL Backpulver
1 Prise Salz
4 EL Zuckerrübensirup
120 g Roh-Rohrzucker
85 g vegane Pflanzenmargarine
1 EL Zitronensaft
2 EL frisch geriebener Ingwer

Zubereitung: Ingwerpulver, Mehl, Backpulver und Salz miteinander vermischen. Zucker, Margarine und Zuckerrübensirup in einem kleinen Topf erhitzen, bis sich alles

aufgelöst und eine zähflüssige Konsistenz hat. 1 EL Zitronensaft hinzufügen. Den frisch geriebenen Ingwer mit den trockenen Zutaten vermengen, anschließend die Sirupmischung so langeiterrühren, bis ein fester Teig entstanden ist. Zum Abkühlen beiseite stellen. Ein Backblech mit Backpapier auslegen und mit einem Esslöffel Teigkleckse auf das Blech setzen. Im vorgeheizten Ofen bei 190°C knapp 15 Minuten backen. Die abgekühlten Ingwerkekse in einer luftdicht schließenden Dose aufbewahren.

Sabine Jedzig

Redaktion ZEITENWENDE



IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Die Tierschutzpartei -
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel.: 069/76809659
Fax: 069/76809663
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung:

Margret Giese, Stefan B. Eck

Postanschrift: Stefan B. Eck

Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam:

Volker Arndt, Franziska Ute Gerhardt,
Harry Harper, Bernd Höcker, Sabine
Jedzig, Artur Kalka, Katrin Schmidberger,
Michael Siethoff, Dominik Storr

Satz, Layout:

Claudia Carius/www.claudiacarius.de

Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1200 Exemplare
Erscheinungsweise: vierteljährlich

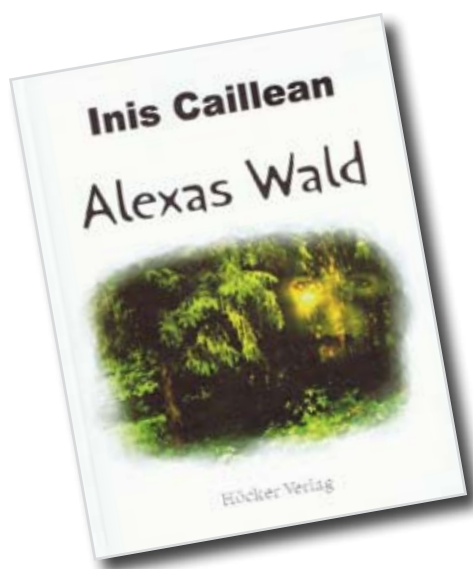
Bank: LB Baden-Württemberg,
BLZ: 600 501 01, Konto: 4286 088

Rechtliches:

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich die Kürzung und Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch Beiträge in Wort und/oder Bild zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Für diese Seiten sind ausschließlich die BetreiberInnen verantwortlich. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Redaktionsschluss: 15. Februar 2009

Auf Wahlkampf-Spenden angewiesen ...



Liebe Mitglieder,

dieser Ausgabe der ZEITENWENDE liegt das Buch „Alexas Wald“ bei. Es ist geeignet für ganz junge LeserInnen und für Erwachsene, die nicht verlernt haben, die Welt auch einmal mit den Augen und dem Herzen eines Kindes zu sehen. Der besondere Stil und die ausdruckstarken Fotomontagen regen zum Träumen an. Genau die richtige Lektüre, um an einem winterlichen Tag bei einem Glas Glühwein der Realität für kurze Zeit zu entfliehen. Sie können natürlich das Buch auch als ein zusätzliches Weihnachtsgeschenk für ein Kind unter den Tannenbaum legen.

Die Partei möchte Ihnen mit diesem kleinen Geschenk für Ihre treue Mitgliedschaft danken. Der Höcker Verlag (www.veggiswelt.de) hat uns dies durch seine großzügige Unterstützung ermöglicht. Ein großes Dankeschön an Bernd Höcker, der seit einigen Monaten als ehrenamtlicher Redaktionsmitarbeiter für unser Partei-Magazin ZEITENWENDE tätig ist.

Die Bundestags- und Europawahl 2009 kommt mit Riesenschritten auf uns zu. Für den bevorstehenden Wahlkampf - wenn wir ihn einigermaßen professionell führen wollen - benötigen wir jeden entbehrlichen Cent. Deshalb sind wir für jede Spende - egal in welcher Höhe - dankbar! Bitte, helfen Sie den Tieren und uns, denn wir sind die erste und einzige Partei in unserem Land, die sich konsequent für Mensch, Tiere und Umwelt einsetzt.

Für Ihre Unterstützung im Voraus herzlichen Dank!

Ihr Stefan Bernhard Eck

LeserInnenbriefe

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe zu kürzen.

„GEZ: Gnadenlos wird abgezockt!“ (ZEITENWENDE Ausgabe 32)

Nachdem ich den Artikel „GEZ: Gnadenlos wird abgezockt!“ in der letzten „Zeitenwende“ gelesen hatte, bin ich traurig und dann sehr zornig geworden. Ich bin Rentnerin und muss sehr sorgfältig und sparsam mit meinem Geld umgehen. Aber wie kann man sich noch ein Quäntchen Lebensqualität bei dieser „Abzocke“ erhalten? Da werden 2009 die Fernsehgebühren und die Krankenkassenbeiträge erhöht; durch die Abgeltungssteuer werden die Zinserträge meiner geringen Ersparnisse auch noch geschmälert.

Höhere Fernsehgebühren sind bei dem miserablen Programmangebot - Unsinn, Blödeleien und Schamlosigkeiten - einfach ein Skandal. Ich stimme Herrn Marcel Reich Ranitzky in allen Punkten seiner Kritik am deutschen Fernsehen zu.

Wir „Abgezockten“ ärgern uns über das verschwenderische Leben der Mächtigen, wer immer sie sind - ob Politiker, Wirtschaftsbosse und sonstige Geldgeier, die trotz des zunehmenden Elends auf dieser Erde auf nichts verzichten. Das ist das Privileg der Macht, sagen die Mächtigen.

Ingeborg Conrad

„Über Moral und Scheinheiligkeit“ (ZEITENWENDE Ausgabe 32)

Ihr Artikel „Moral und Scheinheiligkeit“ in der letzten Ausgabe spricht mir aus dem Herzen, denn ich erlebe häufig im Bekanntenkreis die mangelnde Bereitschaft zur Selbstreflexion über das eigene Essverhalten. Da werden liebevoll Igel über den Winter gebracht, verletzte Entenküken aufgepäppelt, der Hund abends mit ins Bett genommen, aber mittags werden wie selbstverständlich Schnitzel & Co serviert. Angesprochen auf diese Doppelmoral zeigen viele noch großes Unverständnis und flüchten unter den vermeintlichen evolutionären Deckmantel (schon die Steinzeitmenschen haben Fleisch gegessen), trotz der Kenntnisse über den Ablauf der industriellen Fleischproduktion. Bleibt zu hoffen, dass eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft dazu anregen wird, ihr Konsumverhalten auf den eigenen ethisch-moralischen Prüfstand zu stellen. Damit so, langfristig gesehen, der Massentierhaltung und Fleischproduktion der Garaus gemacht werden kann und sich endlich, wie so treffend von Ihnen formuliert, Moral und Mitleid auf dem Teller widerspiegeln.

Nicole Smith

Sendung „diskuTIER“ im TIER.TV am 12. November 2008

„Wirtschaft vor Tierschutz? Unsere Parteien und der Tierschutz“

Ende gut, alles gut“ - noch Stunden vor der Sendung stand alles auf der Kippe: Andrea Nahles (SPD) sagte im letzten Moment ab. Sie hatte wahrscheinlich kalte Füße bekommen, da sie zum Thema Tierschutz Farbe bekennen sollte. Ulrike Höfken (MdB), tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen, sprang ein, und statt Dr. Gesine Lötzsch nahm Eva Bulling-Schroeter (MdB) teil, die tierschutzpolitische Sprecherin der Linken. Dritter im Bunde war Dr. agr. Peter Jahr (CDU), Tierschutzbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Unsere Partei wurde durch Stefan B. Eck vertreten.

Moderator Lars Walden stellte zu Anfang die Kardinalfrage: Gab es Fortschritte oder Rückschritte im Tierschutz seit Antritt der Großen Koalition im Jahr 2005? Anhand von drei Beispielen erfuhr man von den Rückschritten auf der ganzen Linie. Thema „Hähnchen“-Mast: 30 Tiere statt vorher 25 pro Quadratmeter. Thema Tierversuche: Zwischen 2004 und 2006 eine Zunahme von 10 Prozent auf rund 2,5 Millionen „verwendeter“ Tiere. Thema Hennenhaltung: Das Käfig-Verbot wurde am 07.04.06 durch den Bundesrat gekippt und die Moggelpackung „Kleingruppen-Haltung“ beschlossen. Dabei handelt es sich nach wie vor um einen Käfig.

Bei der Stellungnahme von Herrn Jahr glaubte man seinen Ohren nicht zu trauen: Die Koalition habe sich nicht nur intensiv um Tierschutz bemüht und ihn positiv vorangetrieben, sondern nehme sogar eine Vorreiterfunktion in der EU ein! Herr Jahr, ein regelrechter Fan dieser Institution, wurde nicht müde, sie immer wieder ins Feld zu führen. Da in Erklärungsnot, versuchte er in seinem verwaschenen Sprachstil die Defizite der Regierung mit der Behauptung zu kaschieren, alle Maßnahmen müssten von der gesamten EU übernommen werden.

Damit bot er eine Steilvorlage für unseren Vorsitzenden, der die Äußerungen als lapidare Absichtserklärungen und politische Schönrederei brandmarkte und bilanzierte, dass unter Merkel, Seehofer und Co. die Tierschutzpolitik immensen Schaden genommen habe. Seehofer sei eine Katastrophe für die Tiere gewesen, und von seiner Nachfolgerin

sei auch nichts Besseres zu erwarten. CDU und SPD würden sich immer dem Diktat der Agrarlobby beugen. Aber er konnte noch mehr punkten: Frau Höfken schoss ein Eigentor, indem sie beiläufig etwas Lobendes über „QS“ („Qualität und Sicherheit“) sagte, jenes Prüfsiegel, das für Fleisch von „Nutztieren“ aus angeblich artgerechter Haltung vergeben wird. Durch Undercover-Reportagen stellte sich heraus, dass „Produkte“ mit dem Prüfsiegel auch aus Betrieben mit unsagbar tierquälerischer Haltung stammen. Herr Eck, dem durch einen Informanten zu Ohren gekommen war, dass Frau Höfken einen Sitz im Kuratorium von „QS“ hat, machte ihr dies zu Recht zum Vorwurf. Sie bemühte

**Frau Höfken
schoss ein
Eigentor...**

sich, es als Belanglosigkeit hinzustellen. Aber ein Schatten war auf das grüne Image gefallen, und dies war ihr sichtlich peinlich!

Auch Frau Bulling-Schroeter kam nicht ungeschoren davon. Beim Thema „Abstimmung über die Hennen-Käfighaltung“ beharrte sie darauf, dass die damalige PDS dagegengestimmt habe; offenbar war ihr nicht bekannt, dass das Gegenteil der Fall war. Sowohl Mecklenburg-Vorpommern als auch Berlin (damals SPD/PDS-Regierung) stimmten dafür, Käfige beizubehalten. Sie täte auch gut daran, so unser Vorsitzender, sich über das „linke Engagement“ in Richtung gigantischer Ausweitung von Massentierhaltung vor allem im Osten zu informieren.

Bis auf Herrn Jahr forderten alle Diskutanten die Einführung der Verbandsklage auf Bundesebene, denn nur dann besteht die Chance, dass der „Tierschutz im Grundgesetz“ endlich zugunsten von Tieren umgesetzt werden kann. Die CDU ist dagegen! Kein Wunder - die Wirtschaft, sprich die Lobbyisten haben dort das Sagen. Und wie ist es mit dem Tierschutz bei den anderen Parteien? Die Erfahrung zeigt, dass, wenn es um Tiere geht, Wahlversprechen nach der Wahl leider oft zur Makulatur verkommen.

Fazit: Eine sehr informative Talk-Runde, bei der unser Bundesvorsitzender mit viel Fachwissen und Schlagfertigkeit überzeugte. Wer sich für Tierschutzpolitik interessiert, ist bei TIER.TV an der richtigen Adresse - und natürlich bei uns!

Margret Giese
Redaktion ZEITENWENDE



**Seehofer sei
eine Katastrophe
für die Tiere
gewesen...**



Foto: aboutpixel.de / Hubn © chbmz

In Angedenken an Horst Seehofers Ausscheiden aus dem Bundesministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

**„Manch ausscheidender Politiker hinterlässt
eine Lücke, die ihn voll ersetzt.“**

Henri Tisot, französischer Schriftsteller und Schauspieler

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

„Circus Barum“ macht nach 130 Jahren dicht

Tierfreunde und vor allem die betroffenen Tiere selbst können einmal aufatmen: Wenn die letzte Vorführung im südniedersächsischen Northeim am 26. 10. beendet ist, bricht eines der bekanntesten deutschen Zirkusunternehmen seine Zelte für immer ab. Der Grund: Gerd Simoneit-Barum, international bekannter Tierdompteur und Zirkusdirektor, der den 1878 gegründeten Zirkus im Jahr 1972 gekauft hatte und ihn seitdem leitete, geht mit 77 Jahren in den Ruhestand. Bis vor 6 Jahren war er noch selbst mit Raubtier-Dressuren aufgetreten. Seine Kinder Rebecca (bekannt aus der „Lindenstraße“) und Maximilian gaben ihren lang gehegten Plan auf, den Zirkus zu übernehmen - nicht aus finanziellen Gründen, wie es ausdrücklich heißt. Vielleicht können sie es ja nicht mehr verantworten, Tiere den unendlichen Zirkus-Strapazen auszusetzen?

(Quelle: Braunschweiger Zeitung vom 25. Oktober 2008)

Minister schuldig gesprochen

Helmut Rehhahn (SPD), früherer Agrarminister in Sachsen-Anhalt, - die Zuschauer der Sendung diskuTIER am 13. August d. J. werden sich an ihn erinnern - ist im Berufungsverfahren wegen Bestechung schuldig gesprochen worden. Rehhahn wollte den Bau einer Schweinemastanlage durchsetzen und hatte einer Bürgermeisterin zu diesem Zweck Geld geboten. Das Landgericht Magdeburg bestätigte ein Urteil des Amtsgerichts: Acht Monate Haft auf Bewährung und 5000 Euro Geldstrafe. Ein Urteil, das wir - im Namen der Tiere - mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen!

(Quelle: Braunschweiger Zeitung, 20. Nov. 2008)

Erfolg für Komitee gegen den Vogelmord

Nachdem die Regionalregierungen in Mailand und Venedig am 21. September d. J. europaweit geschützte Singvogelarten - Buch- und Bergfinken, Stare, Sperlinge und Wiesenpieper - zur Jagd freigegeben hatten, wurde dies Vorgehen vom obersten Verwaltungsgericht Italiens am 17. Oktober wieder für ungültig erklärt. Die Richter schlossen sich damit der Auffassung des Bonner Komitees gegen den Vogelmord und seines italienischen Partnerverbandes an, die argumentiert hatten, die Jagd auf die genannten fünf Vogelarten in den Regionen Lombardei und Venetien verstoße gegen die Europäische Vogelschutzrichtlinie. Mit dem Richterspruch werden Millionen der als traditionelle Delikatesse begehrten Tiere gerettet. Das Komitee gegen den Vogelmord wird in diesem Jahr 4 Wochen lang sein „Vogelschutzcamp“ mit mehr als 100 Freiwilligen in der Provinz Brescia veranstalten. Ziel ist wiederum das Aufspüren von illegalen Vogelfallen und Netzen in den Wäldern der Südalpen. Bisherige Bilanz: Einkassieren von 700 Vogelfallen und Netzen sowie Verhaftung von 24 Wilderern seitens der Forstpolizei.

(Quelle: Pressemitteilung des Komitee gegen den Vogelmord e.V., Bonn, vom 17. 11. 2008)

Kaninchen rettet Ehepaar

Melbourne. Ein Kaninchen hat ein Ehepaar in der australischen Stadt Melbourne vor dem sicheren Feuertod gerettet. Wie die Polizei berichtete, weckte das „Langohr“ namens Rabbit das schlafende Ehepaar durch lautes Kratzen an der Schlafzimmertür. Der Mann entdeckte einen Brand im Haus, der Rauch hatte sich schon überall ausgebreitet. Wie ein Feuerwehrsprecher erklärte, konnte das Ehepaar dank Rabbit unverletzt den Flammen entkommen.

(Quelle: Freie Presse, 25. Juli 2008)

Hoffnungsvolle Ausnahme auf der Politbühne Israels

Die Außenministerin Israels mit dem für uns recht ungewöhnlich klingenden Namen Tzipora Tzippi Malka Livni lehnt nicht nur die Idee eines Groß-Israel ab, das den Nahen Osten weiter destabilisieren würde, sondern auch den Fleischkonsum. Die sympathische Politikerin hat gute Chancen, im Jahr 2009 Premierministerin Israels zu werden. In ihrem 13. Lebensjahr wurde sie überzeugte Vegetarierin, nachdem sie eine Beschreibung über die Schlachtung von Hühnern gelesen hatte.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, Juni 2008)

Verbesserungen im Tierschutz in der Schweiz

In der Schweiz trat am 1.9.2008 das neue Tierschutzgesetz in Kraft. Neben den Verordnungen zur Haltung von „Nutztieren“ wurden auch neue Vorschriften zur artgerechten Haltung von Haustieren erlassen. Kaninchen, Meerschweinchen, Wellensittiche und andere sozial lebende Tiere haben jetzt ein Recht auf einen Partner. Wer sich Kleintiere anschafft, muss nach dem neuen Schweizer Tierschutzgesetz mindestens zwei Artgenossen zusammen halten. In dem neuen Gesetz sind unter anderem auch Mindestgrößen für Käfige und Gehege geregelt. Zudem gibt es strengere Haltungsvorschriften. Hundehalter müssen ab 2010 einen Theoriekursus über die Grundbedürfnisse ihrer Tiere absolvieren. Für die Haltung von Katzen wurden ebenfalls neue Vorschriften erlassen. So müssen im Lebensumfeld der Katze Kletter-, Kratz- und Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sein sowie erhöhte Ruheflächen und Rückzugsmöglichkeiten. Die Anbindehaltung wird für Ziegen und Schafe ab 2018 verboten. Liegeplätze sind ab 2010 mit Einstreu zu versehen. Einzeln gehaltene Tiere müssen Sichtkontakt zu Artgenossen haben. Bei Fischen wird darüber hinaus die Wasserqualität vorgeschrieben.

(Quelle: www.tiererichtighalten.ch)

Affenversuche in Bremen: Antrag nicht genehmigt

Die Bremer Gesundheitsbehörde hat die Fortsetzung der Tierversuche mit lebenden Primaten am Institut für Hirnforschung nicht genehmigt. Seit 1997 experimentiert der Hirnforscher Andreas Kreiter mit Makaken. Alle drei Jahre wurde bislang die Genehmigung verlängert. Der Antrag der Universität Bremen wurde jetzt abgelehnt, weil die Versuche der Universität Bremen nicht vertretbar seien, teilte der rot-grüne Senat mit. Die Universität hat angekündigt, sich notfalls durch alle Instanzen zu klagen, um die Fortführung der Versuche zu erzwingen.

(Quelle: Ärzte Zeitung online, 16. September 2008)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++